

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementspreis im Monat einschließlich Bringerlohn 2.20 Mk., bei Selbstabholung 2.10 Mk. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 8.00 Mk., für 1 Monat 2.20 Mk. (Postgeld vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 80 Pfg.). — Postcheckkonto Nr. 53 477.

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Straße 10/21. Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig. Fernsprecher: 13 000.

Inseratpreise: Die 7 gespaltene Zeile 50 Pfg. und 60%, Feuerungszuschlag — 80 Pfg. Beleg bei Platzvorschrift 55 Pfg. und 60%, Feuerungszuschlag — 80 Pfg. Schluss der Annahme von Inseraten für die nächste Nummer früh 9 Uhr. Postcheckkonto Nr. 53 477.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 10/21, Fernsprecher: 4596 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

Parteigenossen und Parteigenossinnen!

Durch ihre höchste Instanz, durch den Parteitag in Leipzig, hat sich die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands erneut und entschieden zum revolutionären Sozialismus bekannt.

In dem einstimmig beschlossenen Aktionsprogramm wird ausgesprochen, daß die Befreiung der Arbeiterklasse nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein kann, die alle Hand- und Kopfarbeiter umfaßt. Die Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse ist die Vorbedingung zur Verwirklichung des Sozialismus. Der Befreiungskampf der Arbeiterklasse wird gemeinsam geführt von der Unabhängigen Sozialdemokratie, den Gewerkschaften, die sich zum unverfälschten Sozialismus bekennen, und der proletarischen Parteiorganisation. Wir fordern darum unsere Genossen und Genossinnen auf, auch fernerhin für ein brüderliches

Zusammenarbeiten zwischen diesen drei Organisationen

Wir für die soziale Revolution zu wirken. In unserer Partei muß alles daran gesetzt werden, daß die Grundzüge und Forderungen des wissenschaftlichen Sozialismus zum gemeinsamen Gut aller Mitglieder werden. In den Gewerkschaften haben unsere Mitglieder unter Ablehnung aller syndikalistischen und anarchistischen Bestrebungen bei der Umgestaltung der Gewerkschaften zu Kampforganisationen das treibende und führende Element zu sein. Die Parteiorganisation ist in ihrem wirtschaftlichen und politischen Aufbau auf das notwendigste zu unterstellen.

Unser aller Bestreben muß es sein, vor allen Dingen dafür zu sorgen, daß das deutsche Proletariat erfaßt und kampffähig gemacht wird. Die Partei hat durch den Parteitag den unerschütterlichen Willen bekundet, jeden konterrevolutionären militärischen und kapitalistischen Putsch durch Massenkaktionen niederzuzwingen. Das Zerbrechen der nationalistischen und imperialistischen Reaktion, die schwächliche Haltung der Regierung, den Hauptfaktor der Gefahr der deutschen Kriegsverbrechen zu sein scheint, geben den Entente-Imperialisten immer neue Gelegenheiten, den Frieden hinauszukschieben. Das deutsche Proletariat ist nicht gewillt, sich durch die Machenschaften der Reaktion in neue gefährliche Abenteuer führen zu lassen.

In der Erkenntnis, daß dem imperialistischen Weltkapital eine geschlossene Front des internationalen revolutionären Proletariats entgegengestellt werden muß, begrüßt der Parteitag jeden Schritt, welcher zum Zusammenstoß mit den revolutionären Proletariaten aller Länder führt. Wir erklären uns erneut solidarisch mit

Das Zentralkomitee der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Kurt Eisner, Ernst Däumig, Wilhelm Dittmann, Adolf Hoffmann, B. Roemer, Franz Rühlker, Julius Rösler, Anna Remik, Hermann Radtke, Kurt Rosenfeld, Walter Stoedter, Ruffe Fleck.

Der Verfassungsbrecher Noske!

Berlin, 10. Dezember. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Der Genosse Kumer hat in der Nationalversammlung folgende Anfrage gestellt:

In dem vor dem Berliner Militärgericht verhandelten Noske-Prozess gegen Noske und Komplizen machte der Hauptmann Schwabacher als Zeuge unter seinem Eid das Eingeständnis:

Meines Erachtens trägt an der Erklärung der Ratrosen der Noske-Erklärung die Schuld. Wie weit die Regierung ging, illustriert der Fall der Kasernen, welche kurz vor dem Versailler Frieden aufgelöst wurde. In dieser Kasernen legte sich der Reichswehrminister Noske über die Immunität der unabhängigen Abgeordneten hinweg, weil der Minister die Absicht hatte, gegen die Unterzeichnung des Friedens zu stimmen. Da es sich um einen Verstoß gegen die Immunität und der Minister nachher für den Frieden stimmte, sind die Kasernen nicht in Kraft getreten, aber ihre Auflösung ist überaus bezeichnend.

Inwiefern und seit wann ist die Regierung über das geteilte Zeichen rechts- und verfassungswidrige Vorgehen des Reichswehrministers Noske unterrichtet?

Was gedenkt die Regierung zu tun, um die gefährdete Immunität der Mitglieder der Nationalversammlung, sowie Freiheit und Leben schuldloser Staatsbürger sicherzustellen?

Amfliche Stimmungsmache.

Berlin, 10. Dezember. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Als gestern die vier Bände der Vorkriegsreden des Vertriebenen der Zeitungen in einer Pressekonferenz überreicht wurden, erhielten diese zugleich einen Zeitstreifen in die Hand gedrückt, der eine Anzahl von Schriftstücken fertig zum Abdruck enthielt.

Die Freiheit erhebt gegen diesen Zeitstreifen Einspruch. Er enthält durchweg Depeschen und Notizen, in denen die deutsche Politik in ein verhältnismäßig günstiges Licht gerückt wird. Kein einziges der darin vorkommenden Schriftstücke läßt die Ueberheblich-

keit und Selbstgefälligkeit der deutschen Regierung in jenen Tagen wirklich erkennen. Der offizielle Zeitstreifen habe nur den einen Wert, daß er die Unerschlichkeit der gegenwärtigen Regierung erkennen lasse.

Isorloger Frieden mit Sowjetrußland.

Die Blut- und Eisenpolitik der Noske-Sozialisten hat sich im Mariah-Prozess in ihrer furchtbaren Barbarei entfaltete, der weiße Terror der militärischen Bestien zeigt sich in diesem Prozess in seiner ganzen Scheußlichkeit. Das Urteil wirkt wie eine Aufmunterung zu neuen Gewalttaten und wie eine Hausforderung des Klassenbewußten Proletariats.

Mehr denn je erkennt das deutsche Proletariat, daß dem Willen der militärischen Gegenrevolution eine einheitliche proletarische Kampffront entgegengestellt werden muß. Die Arbeiterklasse wird um so härter sein und um so rascher liegen, als sie geschlossen und einmütig auftritt. Diese Geschlossenheit kann nicht erstet werden durch eine formelle Einigung innerlich abeinanderstrebender Elemente. Sie kann nur von der Arbeiterklasse selbst herbeigeführt werden auf dem Boden des proletarischen Klassenkampfes, daß der

Diktatur des Militärs und des Finanzkapitals die Diktatur des Proletariats entgegenstellt.

Deshalb ist das Bekenntnis in Wort und Tat zu den Grundzügen des wissenschaftlichen Sozialismus, wie sie in unserem Aktionsprogramm niedergelegt sind, die erste Voraussetzung zur Einigung der Arbeiterklasse.

Dem proletarischen Klassenkampf Inhalt, Richtung und Ziel zu geben, das ist die geschichtliche Aufgabe, die unsere Partei zu erfüllen hat. Sie kann dem Proletariat in seinem Kampfe für den Sozialismus nur Führerin und Bannerträgerin sein, wenn sie der rechtssozialistisch-bürgerlichen Politik eine unabhängige sozialistische Politik entgegenstellt.

Parteigenossen und Parteigenossinnen!

Der Parteitag hat uns ein Aktionsprogramm geschaffen, dessen Wertkraft von der größten Wirkung sein wird. Er hat unsere Partei nach hellem Ringen durch seine Arbeit und Beschlüsse nur geschlossen, härter und kampfbereitender gemacht.

An euch ergeht der Ruf, rüchme in der Arbeit zu erlahmen, durch die das Proletariat für den Sozialismus gewonnen werden soll.

Schwere Kämpfe gegen den Kapitalismus

Gegen hinter uns, schwerere Kämpfe für die Befreiung der Arbeiterklasse stehen uns bevor. Von der Dummheit nicht verstanden, von der Gemeinheit gehäßt, von der Niedertracht verfolgt, von der Brutalität bedroht, rohen wir unsern Feinden. Denn in uns allen liegen unausrottbarer Kampfeswille und Siegeszuversicht! Wir alle sind bereit, für die Befreiung der Menschheit unser ganzes Sein einzusetzen.

Ueberwachung des Rheins durch die Entente-Gruppen.

Berlin, 10. Dezember. (Z. V.) Die hier vertheilende amerikanische Zeitung „Amazoo“ mitteilt, unterhält die amerikanische Abteilung der Interalliierten Eisenbahn- und Wasserstraßenkommission — jetzt Tag für Tag zwischen Remagen und Bingen — einen Wachdienst auf dem Rhein. Das gleiche tun die Belgier, Franzosen und Engländer in den von ihnen besetzten Gebieten. Kein Boot darf den Rhein ohne besondere Erlaubnis befahren. Dadurch wird jeder Versuch, Waren aus dem besetzten nach dem unbesetzten Gebiet über den Rhein zu schmuggeln, vollständig unmöglich gemacht.

Mit dem Flugzeug von England nach Australien.

Amsterd., 9. Dezember. Das Professoren-Radio meldet, daß Kapitän Rosinich mit seinem Vickers-Flugzeug auf dem Wege nach Australien von London am 6. Dezember in Java eingetroffen ist.

Noskeversuche in Bayern?

München, 10. Dezember. (Z. V.) Die separatistische Bewegung in Bayern hat große Fortschritte gemacht. Sie wird, wie im Rheinland, durch die lebige Eisenpolitik in Berlin unterstützt. Selbst rühmige und national denkende Politiker, welche bisher zum Reiches standen, wollen jetzt die Reichswehr-Politik nicht mehr mitmachen. Die Bewegung, welche auf Schaffung einer rheinischen Republik und eines süddeutschen Freistaates hinausläuft, findet bei der Entente, besonders bei Frankreich, lebhaftes Interesse.

Ueberwachung des Rheins durch die Entente-Gruppen.

Berlin, 10. Dezember. (Z. V.) Die hier vertheilende amerikanische Zeitung „Amazoo“ mitteilt, unterhält die amerikanische Abteilung der Interalliierten Eisenbahn- und Wasserstraßenkommission — jetzt Tag für Tag zwischen Remagen und Bingen — einen Wachdienst auf dem Rhein. Das gleiche tun die Belgier, Franzosen und Engländer in den von ihnen besetzten Gebieten. Kein Boot darf den Rhein ohne besondere Erlaubnis befahren. Dadurch wird jeder Versuch, Waren aus dem besetzten nach dem unbesetzten Gebiet über den Rhein zu schmuggeln, vollständig unmöglich gemacht.

Mit dem Flugzeug von England nach Australien.

Amsterd., 9. Dezember. Das Professoren-Radio meldet, daß Kapitän Rosinich mit seinem Vickers-Flugzeug auf dem Wege nach Australien von London am 6. Dezember in Java eingetroffen ist.

Die Entente verlangt unverzügliche Unterzeichnung.

Die Entente besteht auf der Auslieferung der Schuldigen und des Eisenmaterials.

Die Noten der Entente sind hart und die Bedingungen, die sie stellen, sind äußerst schwer. Eine Verhandlung über die Höhe der abzuliefernden Bagger, Schwimmböcke usw. wird vor der Unterzeichnung des Friedensprotokolls abgelehnt; es wird lediglich eine billige Prüfung der Forderungen der deutschen Regierung auf Ermäßigung der Abgabe versprochen, sobald die Ratifikation erfolgt ist. Das ist nach allen bisherigen Erfahrungen nicht unbedenklich. Aber die Schuld, daß die Entente über die Gefährdung der Lebensinteressen der deutschen Schiffahrt nicht schon besser unterrichtet ist, fällt Deutschland zu, das im Vertrauen auf die Haltung Amerikas und um der teuren Sümpfer Hindenburgs und Ludendorffs willen seine Sachverständigen aus Paris zurückrief. Jetzt, da die Frist zur Unterzeichnung nahezu verstrichen ist, will die gefestigte Reichsleitung die Sachverständigen schicken. Jetzt steht die Frage nur noch so, ob durch die Verzögerung der Unterschrift irgend etwas gebessert werden kann. Und die Antwort muß entschieden Nein lauten. Die Befreiung des Ruhrreviers würde zur wirtschaftlichen Katastrophe werden und die Auslieferung der Bagger und Schwimmböcke würde uns dann erst recht nicht erspart bleiben. Ueber die furchtbaren wirtschaftlichen Folgen, die das Nichtunterzeichnen haben würde — die Hungerbedeutet den nackten Hunger in kurzer Frist, die Abtrennung des Ruhrreviers würde die Industrie durch Kohlemangel völlig lahmlegen und die Arbeiter brotlos machen, würde das Proletariat zum Frieren in den härtesten Wintermonaten verurteilt sein — können sich nur gewissenlose alldemagogische Demagogen, wie die Macher der Leipziger neuesten Nachrichten, leichten Herzens hinwegsetzen, in der falschnutzenigen Erwägung, daß die „besseren Kreise“ auch dann noch zu leben haben werden, wenn das Proletariat im Elend zugrunde geht.

Die Situation steht wieder so wie im Juni, als es sich um die Unterzeichnung der Friedenspräliminarien handelte. Den Ausern nach der Nichtunterzeichnung ist es in Wahrheit gar nicht darum zu tun, den Abschluß des Vertrags wirklich zu verhindern, sie wollen lediglich vor der Welt als die echten Teufelchen und Vaterlandsbrecher dastehen und billiges Agitationsmaterial gegen die Regierung gewinnen. Käme es wieder so wie im Juni, daß es schließlich in ihrer Hand läge, die Unterzeichnung zu verweigern, so würden sie schämlich zusammenzucken und froh sein, wenn die Andern unterzeichnen! Wie im glorreichen Juni des Jahres 1919!

Gebessert wird durch die Nichtunterzeichnung nichts! Die Spekulation auf Amerika, die Sorge für die verbucherten Militärs hat die Lage Deutschlands lediglich verschlechtert. Die Noten der Entente eröffnen dabei trotz ihrer Härte die Aussicht auf Milderung der Bagger- und Schwimmböckforderung, sie stellen die Freilassung der Gefangenen nach der Unterzeichnung in nahe sichere Aussicht. Allein dies letztere ist zwingender Grund für die sofortige Unterzeichnung. Die Regierung hat jetzt alle weiteren Winkelzüge zu unterlassen. Sie ist nach den neuesten Meldungen entschlossen, zu unterzeichnen — die dummen Drohungen Noskes, die wir gestern verzeichnen mußten, haben wie immer, wenn es nicht gegen deutsche Arbeiter geht, nichts zu bedeuten gehabt — sie will aber vorher noch Verhandlungen führen. Da die Entente das aber abgelehnt hat, so kann dies Verlangen noch in letzter Stunde zur Kritik, zur Kündigung des Waffenstillstands führen. Ist das etwa die Absicht? Will die Regierung, um der Auslieferung der Generäle zu entgehen, lieber den neuen Krieg, lieber die weitere Festhaltung der Gefangenen?

Denn immer wieder muß hervorgehoben werden, was wir hier wiederholt festgenommen haben: Nicht die wirtschaftlichen Interessen Deutschlands, sondern die Angst vor der Auslieferung der Kriegsverbrecher, vor der Auslieferung Hindenburgs und Ludendorffs ist es, was die deutsche Regierung zu ihrem gefährlichen Spiel getrieben hat. Jetzt hat sie die diplomatische Niederlage, die wir vorausgesagt haben. Jetzt ist die Aufgabe, zu verhindern, daß diese „Staatsmänner“ aus dieser diplomatischen Niederlage eine Katastrophe für das deutsche Volk machen und unsere Kriegsgefangenen zu weiterem langem Martirium verurteilen!

Die Verhandlung der Nationalversammlung am heutigen Tage muß endlich volle Klarheit über die Politik der Regierung bringen. Die offiziellen Äußerungen sind zweideutig. Der Presschef der Reichsregierung, Ministerialdirektor Kaufser, sagte am Dienstagabend in einem Vortrag: Wir können die als Ersatz für Scapa Flow verlangte Tonnage nicht liefern, wenn wir uns nicht wirtschaftlich engbürtig ruhieren wollen, wir sind aber unter dem Druck der Verhältnisse bereit, Ersatz auf andern Gebieten zu liefern, und wir wollen vor Unterzeichnung des Friedensvertrags Sachverständige nach Paris schicken, die über die Lage der Wirtschaft Auskunft geben.

Wie die Deutsche Allgemeine Zeitung erzählt, werden wahr-
scheinlich zwei oder drei hervorragende Persönlichkeiten aus der
Ganzstadt das deutsche Material in Paris vordringen.
Der Vorrat wird wieder die ungeliebte Taktik der Amittage.
Er schreibt, daß die Entscheidung furchtbar ernst und schwer sei. Es
müsse ein Versuch unternommen werden, die Starrheit der Gegner
zu überwinden. Die verlangte wertlose Unterschrift unter das
Protokoll könne die Regierung nicht leisten, wenn sie nicht das
deutsche Volk der unberechenbaren Nachzügler flehender Kapita-
listen ausliefern wolle.

München, 9. Dezember. Der frühere Kronprinz
Ruprecht hat in einem Schreiben an den Präsidenten des bay-
rischen Völkerversammlung vom 1. November erklärt, daß er es für
seine Pflicht halte, alles zu befehlen, was von der Entente befehrt
werden könnte, der Zurückhaltung der Kriegsgesangenen als Vor-
wand zu dienen. Er werde dem Verlangen der Entente Folge leisten,
wenn diese seine Auslieferung fordern sollte.
Wir wissen nicht, ob der ehemalige Kronprinz von Bayern auf
der Liste der Entente steht. Wenn es der Fall ist, so könnten sich
verschiedene Leute ein Beispiel an ihm nehmen, die mit ihrer Vater-
landsliebe nicht genug renommieren können.

Paris, 9. Dez. Die Note der Entente hat folgenden Wortlaut:
Der Oberste Rat hat Kenntnis genommen von der Mitteilung,
die Sie am 1. Dezember namens der deutschen Regierung gemacht
haben. Die Noten vom 1. und 22. November haben die Verantwort-
lichkeit der deutschen Regierung bei der Verzögerung der Ratifi-
kation des Friedensvertrages festgestellt und ihre Schlußfolgerungen
bleiben bestehen. Die Anregung betreffend ein angebliches Recht
Deutschlands (als Kompensation dafür, daß die amerikanischen Dele-
gationen bis zur Ratifizierung des Vertrages durch die Vereinigten
Staaten in den Kommissionen fehlen) eine Herabsetzung der Vertrags-
bestimmungen über die
Auslieferung der Schuldigen und die Rückgabe der Kriegsgefangenen
zu verlangen, ist unbegründet. Nach den Schlußbestimmungen des
Vertrages soll dieser in Kraft treten, sobald ihn Deutschland und
die der alliierten und assoziierten Hauptmächte ratifiziert haben.
Ein Versuch Deutschlands, diese Zurückhaltung von einem
neuen Bedingung, nämlich der Anwesenheit der amerikanischen Dele-
gationen in den Kommissionen abhängig zu machen, wäre verneinlich.
Es ist unrichtig, daß der deutsche Standpunkt in dieser Hinsicht am
14. Oktober gebilligt worden sei. Ebenso ist es unrichtig, daß die
Herrn v. Simson und v. Besner am 20. November zu mündlichen
und schriftlichen Verhandlungen über das Protokoll vom 1. November
eingeladen worden seien. Es ist ihnen einfach gesagt worden, daß
angeichts einer schriftlichen Note die deutsche Regierung schriftlich
und lediglich auf die Bedingungen antworten müsse, die darin formu-
liert waren. Der Oberste Rat ist der Ansicht, daß der Artikel 221 des
Friedensvertrages, betreffend die Rückgabe der Kriegsgefangenen,
vollständig klar ist und keiner Ergänzung bedarf. Frankreich hat
schon mehrmals erklärt, daß es die
Gefangenen mit der Inkraftsetzung des Friedensvertrages freilassen
werde. Es hat keinen Grund, dies zurückzuführen zu wiederholen. Der
Oberste Rat verweist nur bei den Einwendungen gegen die Kompen-
sationsforderung für die Herabsetzung der deutschen Flotte in Scapa
Flow und gegen die Aufhebung etwaiger militärischer Zwangs-
maßnahmen, die in der Note der Alliierten vom 1. November gemacht
worden sind.

Eine beauftragte Separatnote gibt Antwort auf die deutsche Note
vom 24. November in der Hinsicht, daß Scapa Flow. Bevor
die alliierten und assoziierten Mächte ihre Forderungen stellen, haben
sie diese Frage geprüft. Sie seien die Bedingungen der deutschen
Regierung wegen der wirtschaftlichen Folgen für die deutschen Völker
nicht. Die halten das Protokoll in seiner bisherigen Fassung aus-
reicht. Nachdem die alliierten und assoziierten Mächte das vollstän-
dige Verzeichnis der Schwimmböden, der Schwimmböden, der
Schlepper und der Baggergeschiffe, die in dem Protokoll verlangt
werden, erhalten haben, werden sie ihre Antwort bekanntgeben, wobei
sie der allgemeinen wirtschaftlichen Lage der deutschen Völker Be-
achtung tragen werden. Wenn dann die deutsche Regierung beweisen
zu können glaubt, daß eine der genannten Forderungen geeignet ist,
Deutschland in der Befriedigung der berechtigten Bedürfnisse be-
treffend die Aufrechterhaltung der Wirtschaftlichkeit und anderer wirtschaf-
tlichen Lebensinteressen der gleichen Völker zu beschleunigen, so
kann die deutsche Regierung den alliierten und assoziierten Haupt-
mächten ihre Rückforderungen stellen, und diese Mächte werden ihrer-
seits bereit sein, sie nach Anhörung der Wiederermittlungskommission
im Geiste der Gerechtigkeit zu prüfen.

Was den letzten Paragraphen des Protokolls vom 1. November
betrifft, so ist der Oberste Rat der Meinung, daß die Inkraftsetzung
des Protokolls und die Niederlegung der Ratifikationsurkunde die
Inkraftsetzung des Friedensvertrages und damit den Eintritt
des Friedenszustandes

herbeiführen. Von da ab wird die Durchführung der Bestimmungen
des Protokolls (eine Bedingung für die Inkraftsetzung des Vertrages)
durch die allgemeinen Bestimmungen dieses Vertrages sowie durch
die üblichen vom Völkerrecht vorgeschriebenen Verfahren garantiert.
Bis zur Inkraftsetzung des Friedensvertrages erinnern wir zum
letzten Male daran, daß die Rückgabe der Waffenstillstandes ge-
nügt, um den alliierten Mächten jede Berechtigung zu militärischen
Maßnahmen zu vereiteln, die als nötig erachtet werden. In diesem
Sinne erwarten wir die unverzügliche Inkraftsetzung des Proto-
kolls und die Niederlegung der Ratifikationsurkunde.
gen. Clemenceau.

Eine besondere Note zur Scapa-Flow-Frage

Herr Präsident! Am 27. November haben Sie mir ein Memo-
randum zugehen lassen, in welchem Sie die deutsche Regierung wei-
gen, die Forderungen zu erfüllen, die die alliierten und assoziierten
Mächte in ihrer Note vom 1. November wegen der Herabsetzung der
deutschen Flotte in Scapa Flow am 22. Juni 1919 gestellt hatten,
und in der Sie ersucht, diese Angelegenheit einem Schlichter zu
unterbreiten. Die deutsche Regierung, der der Standpunkt der
alliierten und assoziierten Mächte am 28. Juni 1919 mitgeteilt
worden war, und die zweimal, am 28. Juni und am 3. September 1919,
darauf bezügliche Mitteilungen machte, behauptet heute, daß diese
Herabsetzung in nichts eine Verletzung der Verpflichtungen Deutsch-
lands bedeute, daß die zerstörten Kriegsschiffe im Augenblick ihrer
Zerstörung nicht zur Auslieferung an die Alliierten bestimmt waren,
und weit mehr noch, daß die Zerstörung der alliierten und assoziierten
Mächte selbst zur Last falle, die im Widerspruch mit den Be-
stimmungen des Artikels 22 des Waffenstillstandes diese Kriegsschiffe
nicht in einem neutralen Hafen, sondern in einem feindlichen inter-
nieren hätten. Die alliierten und assoziierten Mächte können in dem
deutschen Memorandum nur einen schwer erklärbaren Versuch er-
blicken, abschichtlich die Inkraftsetzung des Vertrages und die endgültige
Wiederherstellung des Friedenszustandes hinauszuschieben. In
ihrer Note vom 9. September, die Sie nicht Kenntnisnahme der aus-
sichlichen Erklärungen des die zerstörte deutsche Flotte befehligen-
den Admirals an die alliierten und assoziierten Regierungen gerichtet
hatte, hat die deutsche Regierung, weit entfernt, die für in dieser
Angelegenheit gegenüber den Alliierten obliegenden Verpflichtungen
anzuerkennen, im Gegenteil geltend gemacht, daß der Admiral
keineswegs die Absicht gehabt habe, die Verpflichtungen zu verletzen,
die die deutsche Regierung hinsichtlich seiner Person eingegangen war.
Die deutsche Regierung selbst erkannte ebenfalls an, daß der befehlig-
ende Admiral bei der Zerstörung der deutschen Flotte auf Grund
eines allgemeinen Befehls gehandelt habe. Wir wissen hinzu, daß der
Admiral sehr wohl wußte, daß die deutschen Vorkriegs- selbst hin-

schließlich der Friedensbedingungen die Anrechnung der Flotte auf die
Wiederermittlung voraussetzen. Daß nicht der Chef des deut-
schen Admiralsstabes in diesem Admiral von Reuter am 9. Mai
1919 nach Scapa Flow geschrieben: „Wie auch immer sich das
Schicksal dieser Schiffe unter dem Druck der Ereignisse gestalten
möge, so wird es nicht ohne uns entschieden werden. Es wird von
uns selbst ausgeführt werden, und eine Auslieferung an den Feind
selbst ausgeschlossen.“
Auf Befehl der deutschen Regierung erfolgte gerade die Zerstörung
dieser,

was Deutschland den alliierten und assoziierten Mächten ausliefern
sollte. Welches auch immer die persönliche Verantwortung des
Admirals v. Reuter und seiner Untertanen sein mag, die Zerstörung
des Waffenstillstandes stellt gleichzeitig einen Akt dar, der auf die
Annulierung von Verpflichtungen hinstellt, zu denen bereits die Zu-
stimmung erteilt war und die man im Begriff war, endgültig zu
unterzeichnen. Schließlich ist es kaum nötig, daran zu erinnern, daß
die Wahl der Flotte von Scapa Flow in Ermangelung eines geeig-
neten neutralen Hafens in allen Punkten sowohl dem Buchstaben als
auch dem Geiste nach Artikel 273 des Waffenstillstandes entspricht.
Unter diesen Umständen sind die alliierten und assoziierten Mächte
der Ansicht, daß die deutsche Regierung heute nicht die verantwor-
tung zurückweisen kann, die ihr zufällt, und nicht in einem Schlei-
derweg eine Lösung für Kriegsangelegenheiten suchen kann, deren
Lösung den erwählten Mächten zusteht. Ansolangebesten fordern die
alliierten und assoziierten Mächte die deutsche Regierung auf,
entsprechend ihrer Note vom 1. November ohne weiteren Verzug das
Protokoll zu unterzeichnen, welches den Austausch der Ratifikationen
und die Inkraftsetzung des Friedensvertrages gestattet und so zur
Rückkehr zum normalen Leben und zur Wiedervereinigung der Völker führt.
gen. Clemenceau.

Deutsche Kriegsdokumente.

Endlich sind die Dokumente herausgekommen, die von Kautsky
zusammengestellt und von vier Professoren nochmals überarbeitet
worden. Sie umfassen in vier Bänden die Zeit vom 28. Juni 1914
bis zum 31. Juli 1914, wo der Krieg an Ausbruch trat. Es sind
1123 Aktenstücke, von denen eine Anzahl nur dem Sinne nach
in den vier Bänden abgedruckt sind. Warum Genosse Kautsky
von der nochmaligen Überarbeitung ausgeschlossen wurde, dafür
wird keine Erklärung gegeben. Die Veröffentlichung der Dokumente
ist sehr wahrscheinlich jetzt endlich geschehen, weil ihre Zurückhaltung
seinen Zweck mehr hat, nachdem aus dem Buch Kautskys, das erst
nach der Veröffentlichung der Akten herauskommen sollte, durch In-
diskretion des ausländischen Verlegers die Randbemerkungen Wil-
helms in englischen Blättern abgedruckt und kommentiert wurden.
Wegen dieser Veröffentlichung hat die bürgerliche und zum Teil auch
die sozialistische Presse eine heftige Fehde gegen Kautsky unter-
nommen, mehr natürlich um vom Gegenstand abzulenkten, als aus
dem Bestreben, das Material dem deutschen Publikum zu unter-
breiten. Der Verleger des Kautskyschen Buches sendet der Presse
folgende Erklärung:

„Karl Kautsky übergab mir sein Buch unter der Bedingung,
daß es kurz nach der Veröffentlichung der offiziellen Akten er-
scheint. Es war meine selbstverständliche Pflicht, dafür zu sorgen, daß
im neutralen wie im feindlichen Auslande authentische Über-
setzungen dieses Buches erscheinen und zwar zu gleicher Zeit mit der
deutschen Ausgabe. Wenn man diese Vorzüge unterlassen hätte,
wären beim Erscheinen des Buches verlässliche Berichte hinaus-
telegraphiert worden.“

Ich lande infolgedessen einen Vertrauensmann nach London
mit dem Briefe, die Übersetzungen nicht eher aus der Druck-
erei zu geben, als bis er von mir das Telegramm erhielt, das das Er-
scheinen des Buches in Deutschland anzeigt.
Meinem Vertrauensmann wurde für die Übersetzungsarbeit ein
nettes Preis genannt, sondern es wurde ihm ganzlich überlassen,
welches Honorar und ob überhaupt ein Honorar von den auslän-
dlichen Verlegern gezahlt wird.
Ich habe heute noch keine Nachricht, ob die Übersetzungsarbeiten
von irgendeinem ausländischen Verleger honoriert worden sind oder
nicht. Karl Kautsky hat mir keinerlei Nachrichten gemacht. Er hat
sich um das Geschäftliche überhaupt nicht gekümmert, so daß ich
instande gewesen bin, in so außerordentlicher Weise die Selbstfrage zu
vermehren.“

In dem Schreiben des Verlegers werden dann die Anfor-
derungen angeführt, die über die Veröffentlichung der Akten im
Völkerblatt der Buchhändler erschienen sind und die zeigen, daß man
im Ausland wohl der Meinung sein konnte, die Aktenauslieferung
erhöhte insbesondere am 20. November. Dies wurde dem Verleger auf
Anfrage auch von offizieller Seite bestätigt, worauf er nach London
telegraphierte, die Veröffentlichung habe erst am 20. November zu
erfolgen.

Genosse Kautsky legt in einer Zuschrift der Frankfurter
Zeitung dar, wie er zur kritischen Bearbeitung der Akten gelangt
sei. Jeder am Krieg Beteiligten habe auf Grund von Akten Ent-
scheidungen geschrieben. Er erwarte den Tag mit Ungeduld, an dem
er endlich die Freiheit der Sprache in der Schulfrage wieder ge-
winne. Nicht eine Minute länger als notwendig will er zögern, um
mitzutellen, was er aus den Akten gelernt, einer Arbeit, die er nicht
für den Untersuchungsausschuß leistete, sondern für das deutsche Volk,
für die Völker der Welt. Er sehe in dieser Veröffentlichung nicht
einen Schritt gegen die gute Sittlichkeit oder gar ein gutes Geschäft,
was insinuiert wurde, sondern einfach die Erfüllung einer Pflicht. Er
urteile dabei allerdings nicht als Privatmann und Angehöriger des
Auswärtigen Amtes, sondern als Republikaner und internationaler
Sozialist.
Auf die Akten selbst muß noch ausführlich eingegangen werden,
dann sie enthalten das Material darüber, wie weit die deutsche Re-
gierung und die herrschenden Klassen am Ausbruch des Krieges
schuldig sind.

Der Kallan-Prozess.

Das mehr als vierwöchige Dauer ist in den nächsten Tagen das
Urteil im Kallan-Prozess zu erwarten. Es wurden ungefähr 180
Zeugen vernommen, und mit diesem umfangreichen Zeugenapparat
versuchte der Staatsanwalt mit allen Mitteln, Kallan für die An-
schuldigungswahl, für den Mordstand gegen die Regierungskritiker
und sogar für die Mordverbrechen am 1. März verantwortlich zu
machen. Als Tatbestand steht dem gegenüber: Das vom 1. Mai am
7. Januar 19 in den Magistrate gerichtete Urteil in dem
der Magistrat aufgehoben wurde, den 1. Mai als einzige voll-
ständige Gewalt anzuerkennen. Ferner die vom 1. Mai vorgenom-
mene Verhaftung des Sozialisten Hartung und die Verhaftung des
Studenten Kallan, die beide mit der Verhaftung und Verschleppung
Verstandes in Zusammenhang standen. Bei diesem geringen Tat-
bestand ist es leicht begreiflich, daß der Staatsanwalt alle Anstrengun-
gen machte, Kallan für alle revolutionären Ereignisse in Halle ver-
antwortlich zu machen. Bei seinen Bemühungen fand der Staats-
anwalt eine tüchtige Unterstützung durch die ganze Presseführung.
Sobald Genossen als Zeugen auftraten, wurde ihnen die Möglichkeit
abgeschnitten, sich zu verteidigen, da sie der
„Mordverbrechen“ für verdächtig erklärt wurden. So blieben fast alle
Mitglieder des K.R. und die Abgeordneten Frauen und Hennig

unverhörbar. Während die meisten Zeugen nach ihrer Vernehmung
sorglos entlassen wurden, lagte das Gericht natürlich besonderen Wert
darauf, daß die vier Hauptbelastungszeugen, die Epinel Hartung,
Klaus, Lange und Weider, sich zehn Tage lang auf der Zeugenbank
herumslückelten und nicht nur Kallan und Herzfeld, sondern fast
alle Entlastungszeugen zu belasten suchten. (1) Bei jeder einzelnen
Vernehmung traten sie mit frecher Eitelkeit vor und wurden jederzeit
peinlich vom Gericht angeführt. Besonders ist, daß von diesen
vier Belastungszeugen Klaus und Lange schon mehrmals in
längeren Gefängnis- bzw. Anstaltsaufenthalten verurteilt wurden. Der
Hauptbelastungszeuge Klaus, der wegen schwerer Gewalttätigkeit zu
2 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt ist und im Verdacht steht, unsern
Genossen Maschera ermordet zu haben, wurde verurteilt, obwohl der
Sachverständige Professor Siever, ihn als einen geistig minder-
wertigen Menschen bezeichnet hatte, und obwohl der Verteidiger
Herzfeld nachgewiesen hatte, daß gerade Klaus zu den gewalttätig-
sten Elemente gehörte und auch an der Waffenausgabe an Kallan
beteiligt war. Dieser Umstand allein genügt, um die ganze Prozeß-
führung zu kennzeichnen. Den ganzen Prozeß hat Kallan in einer
der letzten Verhandlungen treffend charakterisiert: Es kommt mir
fast so vor, als ob man mich dafür verantwortlich machen will, wenn
einige Sicherheitspolizisten Kallan geholt haben. — Am Dienstag,
dem 9. Dezember, begannen die Verhandlungen; das Urteil ist voraus-
sichtlich am Donnerstag zu erwarten.

Rache für die Revolution!

3 Jahre Gefängnis beantragt
Der Staatsanwalt beantragte in der gestrigen Sitzung gegen
Kallan „wegen Freiheitsberaubung, Beamtenehrgang und Bildung
bewaffneter Haufen“ insgesamt 3 Jahre Gefängnis. (1)

Marloh freigesprochen

Berlin, 9. Dez. (W.Z.B.) Oberleutnant Marloh
ist von der Anklage des Mordes an Kallan, weil er lediglich
belegmäßig gehandelt hat, freigesprochen worden.
Er wird wegen unerlaubter Entfernung um drei Monate
Zuchthaus verurteilt, von denen zwei Monate
durch die erlittene Untersuchungshaft verbüßt sind.

Marloh freigesprochen! Bedarf es hierzu noch eines Kommen-
tars? Kann man sich eine frechere Verhöhnung des Richterspruchs
des Proletariats und des anständig denkenden Teils des
Bürgerturns vorstellen? War schon der Strafanzug des Anklage-
vertreters auf drei Jahre Gefängnis, eine Herausforderung, so muß
der Urteilspruch des Moskischen Kriegsgerichts wie ein Politgenies
wirken. Die in diesem Urteil zum Ausdruck gebrachte Schamlosig-
keit der heutigen militärischen Machthaber Deutschlands, die amtliche
Brutalität der Offiziersklasse, die sich ihrer Massenmorde unter dem
Proletariat noch rühmt, ist nach dem Urteil im Marlohprozeß kaum
noch zu überbieten. In dem Kampfe der Militärreaktion um die
Staatsgewalt stellt der Richterspruch einen Versuch dar, wie weit die
Monarchistenfronde den Bogen spannen zu können glaubt, ohne daß
er springt.

Wahrlich, für das erneut provokierte Proletariat fällt es schwer,
sich angesichts der reaktionären Schamlosigkeit zu beherrschen, an-
gestrichelt der Leistungen unserer heutigen Klassenjustiz in den letzten
Tagen. Es liegt sich jaust, daß am letzten Sonntagabend von einem
Berliner Schwurgericht über fünf revolutionäre Kämpfer aus dem
Berliner Genossenschaftsring insgesamt 23 Jahre Zuchthaus verhängt wor-
den sind. Die also vorurteillich, die den schließlichen Bahnhof besetzt
diesem und verurteilt wurden, wurden zu durchschnittlich fünf Jahren
Zuchthaus verurteilt, außerdem wurden ihnen die sogenannten bür-
gerlichen Ehrenrechte auf die Dauer bis zu zehn Jahren aberkannt.
Im Kallan-Prozess in Halle beantragt der Staatsanwalt, obwohl die
ganze plebejisch-wangeltätige Verhandlung absolut nichts Befolgendes
für den Angeklagten ergab, fünf Jahre Gefängnis! Der Prozeß
gegen Danes Mörder wird mit der unzureichenden Begründung,
daß der Mordbube gestrichelt sei, fallen lassen; die Sühne für
die Ermordung Danes wird auf die lange Bank geschoben, weil der
Mörder „unter schäblichem Befinden“ leidet. Das milde Urteil über
gegen die Mörder Weidner und Rosa Luxemburgs wird von Kallan
bestätigt — und der soziale Massenmörder Marloh wird vom Kriegs-
gericht freigesprochen. Gute Zeiten für die Mörder im Dienste
der Reaktion.

Die Urteilsbegründung ist ein Dokument heutiger Schande.
Das Kriegsgericht, das den Massenmord des Oberleutnants Marloh
zu erledigen hatte, macht sich die Sache bequem. Es gibt sich gar
keine Mühe mehr zu verwickeln, sondern unterstreicht in der Be-
gründung die politischen Motive, aus denen heraus das Urteil ver-
hängen werden soll. Die Sache ist doch u. a. in der Urteilsbegründung:
„So gerecht jener Vorgang gewesen ist, ein auto hat er doch
angeht, nämlich das völlige Verschwinden der Volks-Marine-
Division.“ (1) Die Verhandlung hat positiv ergeben, daß das Urteil
auf Schuld des Mordes in 20 Fällen und des Mordversuchs in
einem Falle (Kewin) lauten mußte. Der Nachweis des Mordes ist
in jeder Weise erbracht worden. Vor allem hat die Verhandlung
ergeben, daß der Angeklagte bei Verübung seiner Schandtaten nicht
allein mit Vorkas, sondern mit überfremdem Vorkas gehandelt hat.
Die Überlegung seiner Mordtaten ist durch Zeugenaussagen klar
ermiesen, und auch Marloh selbst hat ja zugegeben, daß er die Mann-
schaften der Volks-Marine-Division besonders daraufhin auswählte,
weil er von ihnen erschossen lassen wollte. Der Urteilspruch des
Militärgerichts bringt es demgegenüber jedoch fertig, von einer
Handlung ohne Überlegung zu sprechen. Allerdings gibt die Be-
gründung des Urteils zu: „Die Verschleppung der Marlosen war ob-
jektive Unbedeutung.“ Das ist ein minder wichtiges Argument
gegen Marloh, den die Begründung für den Freispruch anführt, näm-
lich, daß Marloh einen Befehl seiner Vorgesetzten ausgeführt hat
und demgemäß von der Verantwortung befreit sei. Von einem Offi-
zier kann und muß gefordert werden, daß er einen solchen Befehl
auf seine rechtliche Zulässigkeit prüft. Sonst wäre er
ja verbunden, auf Befehl das offenbarste gemeinste Verbrechen zu
vollziehen!

Es paßt in den Rahmen dieses Justizskandals, daß Herr Kallan,
der bei der Einführung der Marx-Korruption die Sprache verloren
hatte, einem bürgerlichen Professoren gegenüber erklärte: „Wenn
dieser Prozeß im März oder April d. J. behandelt worden wäre,
würde er nicht das Aufsehen erregt haben wie zur Zeit, und seine
politische Auswirkung wäre kaum abgesehen.“ Das heißt
aus dem Moskischen Urteil, für Herrn Kallan war es eine
Selbstverständlichkeit, daß 20 unschuldige Opfer, denen nichts als ihre
Zugehörigkeit zur Volksmarine-Division nachgewiesen werden konnte,
hingerichtet werden mußten. Das doch so wichtige Proletariat
genug geschlossen. Da kam es auf dreißig mehr oder weniger gar
nicht an. Und derselbe Herr Kallan, der noch heute die Stirn hat,
seinen verurteilten Schlichter auf den Märztagen dieses Jahres

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 10. Dezember.

Parteiangelegenheiten.

Connewitz. Funktionärfrühung Donnerstag, den 11. Dezember, abends 7 1/2 Uhr, in der Veteranenhalle.

Der Leipziger Bürgerausschuß als Streikheger.

Das Bürgertum hat immer große Eile, jeden wirtschaftlichen Streik der Arbeiter als politischen Streik zu benutzieren. Während so die Hölzer der heiligen Ordnung der Arbeiterklasse das Recht ab sprechen, ihre härteste Waffe im eigenen Klasseninteresse anzuwenden, nehmen sie für ihre Klasse als selbstverständlich in Anspruch, was sie dem Proletariat unter heuchlerischer Kurzsichtigkeit des Moral ab sprechen. Der Bürgerstreik ist immer ein politischer Streik. Er ist eines der Kampfmittel, deren sich das Bürgertum nach der proletarischen Erhebung bedient, um unter allen Umständen die historische Position zu verteidigen. Deshalb ist er auch seinem inneren Wesen nach defensiv. Der Gegenstreik der Leipziger Kerze während des Generalsstreiks in Leipzig ist noch in jeder Hinsicht bewußt. Die ganze Rücksichtslosigkeit und Brutalität des bourgeois Klassenegoismus manifestiert sich in kollektiven, wohl überlegten Attentaten auf Leben und Gesundheit der kranken Proletarier. Das Bürgertum schreit vor keinem Mittel zurück, das ihm die Aufrechterhaltung seiner Klassendiktatur ermöglicht, Humanität und Nächstenliebe sind schöne Redensarten, die für das Volk als Schlafmittel berechneten werden.

In den Absichten für die praktische Arbeit des Reichsbürgerausschuß, Landesverband Sachsen, die vom Leipziger Bürgerausschuß herausgegeben sind, wird der Streik als das schärfste und wirksamste Mittel zur Aufrechterhaltung der Klassenherrschaft bezeichnet. Der Landesverband stellt seine wichtigste Aufgabe in der einheitlichen Organisation des Streiks. „Der Erfolg steht und fällt mit einer gründlichen Vorbereitung und einer einmütigen Teilnahme aller bürgerlichen Kreise. Besonders die Teilnahme der Kerze, Apotheker und Beamten ist wichtig und muß sichergestellt sein. Die Wirkung des Generalsstreiks der Arbeiterschaft kann aber nicht nur durch den Gegenstand ganz oder teilweise aufgehoben werden, sondern auch durch die Übernahme der Arbeit der Streikenden durch Bürger.“ Der Streik zeigt den Streikbrecher. Die Technische Nothilfe ist der organisierte Streikbruch und ein vollwertiges Gegenstück zum Bürgerstreik.

Die Hofkonzertur der militärischen und der in ihrem Gefolge marschierenden wirtschaftlichen Gegenrevolution ändert auch den defensiven Charakter des Bürgerstreiks um in einen offensiven. In den oben erwähnten Absichten heißt es darüber: „...“

Wahrscheinlich ist vom dem Machtmittel des Bürgerstreiks nur als Abwehrmaßnahme Gebrauch gemacht worden. Wir müssen uns darauf vorbereiten, daß wir es auch einmal als Kampfmittel in der Offensive anzuwenden, um berechnete Forderungen durchzusetzen, wenn es eine andere Möglichkeit dafür nicht gibt. Denn das ist unstreitig, daß uns der Streik rechtlich wie jeder anderen Volkshandlung zusteht und ebenso unstrittig ist es, daß er, geschickt gehandhabt, in der Hand des Bürgertums eine scharfe Waffe bedeutet. Wir sind vorwiegend in noch weitgehendem Maße als die Arbeiterschaft in der Lage, durch einen Streik alles Wirtschaftliche vorübergehend lahmzulegen und dadurch die große Kraft zu zeigen, die uns innewohnt.“

Der Leipziger Bürgerausschuß droht offen mit einem Angriff auf das Wirtschaftsleben und scheint nicht davor zurück, alles Wirtschaftsleben lahmzulegen, um „berechnete Forderungen“ durchzusetzen. Da es jedoch für die Arbeiterklasse eines arbeitslosen Einkommens, für die Aktionäre, Wähler und Laientenmenschen der höchsten einen Streik und die Freiheit geben kann, kommen für den Bürgerstreik als aktiv Beteiligten in erster Linie die freien Berufs, die höhere Beamtenschaft und die bürgerlich orientierten Intellektuellen in Frage. Soweit es sich dabei um leitende Personen in Industrie und Technik handelt, wird die Arbeiterschaft alles daran setzen, mit Unterstützung der Betriebsräte die geplante Sabotage des Wirtschaftslebens unwirksam zu machen. Die Absichten des Leipziger Bürgerausschußes legen dar, daß das Bürgertum in Deutschland zum äußersten bereit ist. Es führt den Klassenkampf mit den Mitteln der Verweigerung, denn es hat ein Leben der Fülle und des Wohlstandes zu verlieren. Die herrschende Klasse trägt den Bürgerkrieg in den Fabriken, in die Werkstatt, auf die Straße, in die Schule, in das Spital und auf den Friedhof. Das Proletariat weiß, daß die Brutalität der bürgerlichen Klassendiktatur nur überwunden werden kann durch die Eroberung der politischen Macht und die Ausschaltung der proletarischen Diktatur als Vorbedingung für die Beseitigung jeder Klassenherrschaft.

Freie Bahn für die Ausbeutung der Frau.

Die Kreisbauernschaft (Demobilisierungskommissar) hat den Fabriken und gewerblichen Betrieben in der Stadt Leipzig, bedingungsweise die Beschäftigung von über 10 Jahre alten Arbeiterinnen während der Nachtzeit gestattet. Wie es in den Bedingungen, die der Rat bekannt gibt, heißt, darf die Arbeitszeit 8 Stunden nicht überschreiten. Im Einverständnis mit dem Arbeiterausschuß sind

angemessene Pausen zu gewähren. Kränkliche, schwächliche, schwangere und stillende Arbeiterinnen sowie solche, die für Kinder oder für ein Hauswesen zu sorgen haben, sind auf ihren Antrag von der Nachtarbeit freizulassen.

Wer die Praxis kennt, weiß, daß diese „Satzbestimmung“ in der Regel auf dem Papier steht, denn die Frau, die den Antrag stellen würde, von der Nachtarbeit befreit zu werden, würde sich in den Augen des Unternehmers mißliebiger machen. In der heutigen Zeit sind die meisten Frauen kränklich und schwach, auch haben sie fast alle ein Hauswesen zu betreiben. Und welche eine Parabel ist es, junge Mädchen von über 10 Jahren in der Nacht zu beschäftigen. Auch sind sie häufig unterernährt.

Der Demobilisierungskommissar kommt hier den Unternehmern weit entgegen. Sie können die billigere Arbeitskraft der Frauen auch in der Nacht ausbeuten. Dabei sind tausende Männer arbeitslos! Die Nachtarbeit zehrt natürlich die letzten Kräfte der Frauen und Mädchen auf. Das ist die „soziale Härte“ der Kreisbauernschaft, an deren Spitze Herr Lange, ein Rechtssozialist (!) steht. Die Herren Rechtssozialisten führen die deutsche Arbeiterschaft ja „herrlichen Zeiten entgegen“. Die Leipziger Arbeiterschaft wird hoffentlich einmütig gegen die Verfügung der Kreisbauernschaft protestieren und ihre sofortige Zurückziehung verlangen.

Der Kreisaußschuß gegen die Leipziger Stadtverordneten.

In seiner letzten Sitzung beschäftigte sich der Kreisaußschuß mit dem Streik über die Bezahlung der Geistlichen an den Leipziger Krankenhäusern. Die Stadtverordneten haben bekanntlich die Gehaltszahlung abgelehnt, während der Rat sich für verpflichtet hält, den Gehalt zu bezahlen. Da die Stadtverordneten trotz dringender Vorstellungen des Rates fest bei ihrer Ansicht blieben, wandte sich der Rat an den Kreisaußschuß. Die Sitzung des Rates hat sich auch erfüllt, der Kreisaußschuß ist dem Standpunkt des Rates beigetreten. Mit dieser Entscheidung hat der Kreisaußschuß unter Vorbehalt des Rechtssozialisten Lange auch gegen den Beschluß der mehrheitssozialistischen Stadtverordneten entschieden. Das mögen jedoch die Regierungsozialisten unter sich ausmachen. Hervorgehoben zu werden verdient aber noch, daß mit der Entscheidung des Kreisaußschusses die Geistlichen aus einer sehr unangenehmen Lage befreit worden sind. Die Geistlichen hätten schließlich nichts anderes tun können, als ihre angeblich rechtlichen Ansprüche vor Gericht einzulegen, wobei es immer noch fraglich war, ob sie über die Stadt setzten. Der Rat hat durch die freundliche Hilfe des Kreisaußschusses die gerichtliche Entscheidung in der Sache verhindert, wofür ihn die Geistlichen bei nächster Gelegenheit besonders in ihr Gebet einschließen werden.

Wochenhilfe und Wochenfürsorge.

Über das neue Gesetz betr. Wochenhilfe und Wochenfürsorge vom 20. 9. 1919 herrscht in weiten Kreisen noch Unklarheit. Anspruch auf die Hilfe haben:

- a) Wöchnerinnen, die im letzten Jahre vor der Niederkunft mindestens 6 Monate bei einer Orts-, Land-, Betriebs-, Innungs-, Knappschaftskasse gegen Krankheit versichert waren. Die Versicherung braucht während der Zeit nicht bei ein- und derselben Kasse erfolgt sein.
- b) Versicherungsfreie Ehefrauen, Wöchner, Stillmütter, Pflegeeltern von Kassenmitgliedern, sofern sie mit diesen in häuslicher Gemeinschaft leben, ohne Rücksicht auf die Dauer der Mitgliedschaft. Wird infolge Beschäftigungswechsels die Kassenmitgliedschaft gewechselt, so tritt die neue Kasse für die weiteren Leistungen ein. Sofern durch Aufgabe der Beschäftigung die Mitgliedschaft beendet wird, muß man sich seine Ansprüche durch Erklärung der freiwilligen Mitgliedschaft sichern.
- c) Minderbemittelte Wöchnerinnen. Wer als minderbemittelt zu gelten hat, ist verschieden. Berücksichtigt wird besonders das verbleibende Einkommen. Ein kinderloses Ehepaar darf nicht mehr als 2500 Mk. zusammen verdienen; für jedes Kind unter 15 Jahren werden 250 Mk. angesetzt.

Leistungspflichtig ist die für die Versicherung bezw. für den Wohnort zuständige Krankenkasse.

Die Leistungen selbst bestehen aus:

- 1. einem einmaligen Beitrag zu den Entbindungskosten in Höhe von 50 Mk.;
- 2. einem Beitrag bis zu 25 Mk. für Hebammenkosten und ärztliche Hilfe bei Schwangerschaftsbeschwerden;
- 3. Wochenlohn für 10 Wochen, einschließlich Sonn- und Feiertagen;
- 4. Stilllohn für die nachgewiesene Stillzeit, längstens aber für 12 Wochen.

Die Höhe des Wochen- und Stilllohnes richtet sich bei den selbstverpflichteten Wöchnerinnen nach der Beitragsklasse. Das Wochenlohn hat die Höhe des Krankengeldes. Das Stilllohn beträgt hiervon die Hälfte. Dieser Satz (1,50 Mk. bzw. 75 Pfg.) ist auch für die nicht selbstversicherten Wöchnerinnen anknüpfbar.

Verschiedene ungenaue Bestimmungen bereiten der Durchführung des Gesetzes besondere Schwierigkeiten, die erst durch die Rechtsprechung der Versicherungsbehörden beseitigt werden können. Deshalb battraue jeder, dessen Ansprüche nicht anerkannt worden sind, bei dem zuständigen Versicherungsamt Einsprüche, wenn nicht durch die gewordene Belehrung sich Klar ergibt, daß kein Anspruch besteht.

25 Millionen städtische Anleihe. Der Kreisaußschuß hat in seiner letzten Sitzung genehmigt, daß die Stadt Leipzig eine Anleihe von 25 Millionen aufnimmt, die zur Übernahme der Straßenbahn dienen soll.

Die Konkurrenz der Leipziger Messe. Wie berichtet wird, sollen die Organisation des Messewesens stattfinden. Von Hamburg aus ist vorgeschlagen worden, ein Reichsmesseamt zu schaffen, von dem aus eine Dreiteilung des Messewesens erfolgen soll. Leipzig soll in der bisherigen Form die Exportmesse behalten, Frankfurt soll die Technische Messe bekommen und Hamburg soll eine internationale Einheitsmesse organisieren. Wahrscheinlich werden sich die in Frage kommenden Kreise Leipzigs gegen diesen Vorschlag wenden, da er am Ende nichts anderes enthält, als Leipzig Entthronung als Messestadt.

Einfältige Spindel. In Deutschland treiben sich noch zahlreiche bezahlte Spindel herum, die dem Kapitalismus und dessen Regierung dienen. Meist wird von ihnen mit den stumpfsten Mitteln gearbeitet. So wurde bei uns kürzlich telexphonisch angefragt, ob wir nicht Mithras Adresse wüßten. Es liegt ein Brief für ihn in Leipzig, und man möchte ihn doch gern Mithras antworten. Der Spindel wurde natürlich geantwortet. Aber man läßt nicht ab von solchen Versuchen. In dieser Woche teilte uns — wieder telexphonisch — ein angebliches Postamt in Leipzig mit, es sei ein Schreiben für den Vorsitzenden der Kommunistischen Partei Deutschlands in Leipzig angekommen; man wolle es ihm übermitteln und hierzu brauche man seine genaue Adresse. Auch diesem Spindel wurde die geblühende Antwort erteilt. Und solche Leute werden besoldet. Anstatt daß man sie gesellschaftlich notwendige Arbeit verrichten läßt, werden sie bezahlt, damit sie Lumpendienste für das verrotzte kapitalistische System verrichten.

Die Bedingungen für zollfreie Liebesgaben. Liebesgaben können jetzt, wie wir schon kurz gemeldet haben, abgabenfrei eingeführt werden, wenn sie nachweislich als Geschenk zum eigenen Bedarf der inländischen Empfänger eingehen. Hierzu sind jetzt nähere Bestimmungen getroffen worden. Deutsche gemeinnützige Gesellschaften erhalten die Liebesgaben zur Verteilung an die inländische Bevölkerung frei, wenn sie nachweisen, daß es sich um unentgeltliche Spenden handelt. Sie müssen auch darüber wachen, daß der mutmaßliche eigene Bedarf des einzelnen Empfängers nicht überschritten wird. Dabei darf nicht mehr als 2 Kilogramm einzeln verteilt werden. Liebesgaben in Postpaketen an einzelne Empfänger dürfen bis zu 5 Kilogramm schwer sein. Sie müssen aber nachweislich geschenkt, für den eigenen Bedarf bestimmt und diesem Zweck angemessen sein. Der Nachweis kann durch Briefe oder auch durch eine Bescheinigung des ausländischen Absenders geführt werden. Wer abgabenfrei abgegebene Liebesgaben verkauft, wird von jeder Befreiung ausgeschlossen und nach den gesetzlichen Bestimmungen verfolgt. Die Ausfertigung erstreckt sich auf alle Mitglieder des Postbestandes.

Telegramme nach Amerika. Im Privattelegrammverkehr nach Amerika besteht zur Zeit folgende Beschränkung: Nach den Berechtigten Staaten ist nur die deutsche und englische Sprache zulässig, oder keine Ziffernsprache. Im Fernverkehr sind nur Handelstelegramme zugelassen. Nicht zulässig sind Antworttelegramme, Setelegramme, telegaphische Postanweisungen usw. Bei Anwendung von abgekürzten Anschriften wird für verlorene Punkttelegramme die Gebühr nicht erstattet. Im Verkehr mit Bolivien, Kolumbien, Costa Rica, Ecuador und Nicaragua bestehen keine Beschränkungen. Nach Argentinien sind nur die deutschen Sprachen verboten. Nach der Republik Honduras sind nur die aus dem Ibc 5; Aufgabe und Lieber zulässig. Nach Brasilien-Honduras werden nur offene Telegramme in englischer und spanischer Sprache, nach Mexiko in englischer und französischer Sprache zugelassen. Fast überall werden die Telegramme nur auf die Gefahr des Absenders angenommen.

Ortsamt für Kriegerversorgung. Der Rat teilt uns mit: Gemäß der reichs- und landesgesetzlichen Vorschriften ist nunmehr auch in Leipzig das Ortsamt für Kriegerversorgung errichtet worden. Es ist die amtliche Hilfsstelle für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene. Zum Vorstand ist Stadtrat Dix und zum Stellvertreter des Vorstandes der Heimatdienst-Geschäftsführer Schmidt ernannt. Dem Vorstand steht ein 28 Personen zählender Beirat zur Seite, der sich in Gemäßheit der Reichsverordnung aus Vertretern der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen, der Unternehmer und Arbeiter und aus in der sozialen Fürsorge besonders erfahrenen Personen zusammensetzt. Die Geschäftsstelle befindet sich in der Nomenklaturgasse 8, III. Dem Ortsamt für Kriegerversorgung liegt als erste Aufgabe die Verteilung der auf Vorschlag der Nationalversammlung bewilligten Reichsgeldbills für notleidende Kriegshinterbliebene ob, die in Leipzig nach vor Weihnachten erfolgen soll.

Töblicher Unfall auf dem Hauptbahnhof. Eine ältere Frau, die mit dem Zuge von Grimma nach Leipzig fuhr, versuchte auf dem

Konzerte.

Das Kirchenkonzert des Vokalquartetts brachte eine interessante Vortragsfolge. Die melodisch einfachen und durchsichtigen Quartette Palestrinas, des hervorragenden Vertreters lateinischer Kirchenmusik, bilden zwar einen scharfen Kontrast zu Beethovens Wesper, verdienen jedoch musikalisch durchwegs neben ihnen gerecht zu werden, da in ihnen zum ersten Male das absolute persönliche Werk eines Meisters zu spüren ist. Ganz gegensätzlich waren die früheren geistlichen Lieder, in denen das Wort die unbedingte Herrschaft über die Töne ausübte. Die Sänger fanden sich gut zusammen und wühlten den Gesängen in ihrem schweren Zeitmaß ausnahmslos gerecht zu werden. Unter Karg-Elerts Vorträgen auf dem Kunstharmonium ist als das weitens Beste die Wesper des Russen Vorkursky zu nennen. — G. m. y. S. e. m. s. kräftiger Stimmung lagen die altitalienischen Lieder sehr gut. Warum sie sich jedoch für den späteren Teil die welche Melodie Wölffcher Kompositionen ausgeführt hatte, ist mir unklar. Wer vorher die italienischen Meister, die, wenn auch nicht immer sprachrein, so aber doch musikalisch gut waren, gehört hatte, konnte letztere nur als grotesk empfinden. Das vorige Leid des Programmzusammenstellers! Stefan Strauss' Mithras mit dem Forte schonender umgehen, war aber sonst gut. — Das erste Philharmonische Konzert unter Hans Permet litt in der Sinfonia espansiva von Nielsen, besonders im Allegretto und Finale; unter der ungünstigen Besetzung der Instrumente. Den Geigen gelang es nur mit großer Mühe, gegen die Bass- und Violoncellen durchzudringen. Ausgesprochen war jedoch das Andante pastorale mit seinen famosen Füllensolis. Ernst Pöschky hatte schweren Stand gegen eine so wichtige Orchesterbegleitung, wie sie Daussegger seinen Hymnen an die Nacht beigemessen hat. Er verlor zuweilen die Herrschaft über den Ton, da er seine Stimme dauernd stark mit Forte überlasten mußte. August Reuß, der Wägenkomponist, hat mit seiner Fülle ein wertvolles Orchesterwerk geschaffen, das auf breiter Grundlage eine Folge glänzender dramatischer Effekte harmonisch stivoll zu gliedern weiß. Von der Musikwelt

außerordentlich begrüßt wird die Absicht des Philharmonischen Orchesters, auch weiterhin neuere Tondichter zu Wort kommen zu lassen.

Über die Rautenmusik hinaus, so betratte sich der erste Kunstabend für die Jugend Leipzigs, mit dem der Wandervogel einen Weg zu praktischer Jugendarbeit gefunden hat. Begabte jugendliche Künstler tragen der Jugend gute Musik vor! Eingangs schilberte Gerhard Pering in großen Zügen die Geschichte der Rautenmusik. Neben ihre Entwicklungsmöglichkeit als Ausdrucksmittel höherer musikalischer Formen legte ein reichhaltiges, mit seinem Gehalt ausgewähltes Programm bereites Zeugnis ab. Bei der Beurteilung der dargebotenen Leistungen können natürlich nicht die vom Konzertsaal her gewöhnlichen Maßstäbe angelegt werden, auch muß die Jugend der Vortragenden hierbei berücksichtigt werden. Nur einiges: Die Sänger mußten etwas mehr auf die Aussprache, besonders der Vokale achten, der Anschlag des Rautenspieters (Pering) hätte noch an Sauberkeit gewinnen, an Härte verlieren. Einige Vorträge waren ganz vorzüglich, erwähnt seien nur das Menuett von Scherrer und das von Bach für Cello und 2 Violinen und die beiden letzten Lieder. Die Jugend kann den Veranstaltern für den gelungenen Abend nur dankbar sein; selber waren die proletarischen Jugendgenossen fast gar nicht vertreten, man kann ihnen nach dem Verlauf dieses ersten Abends den Besuch der folgenden in der Reihe mit gutem Gewissen anraten.

Kleine Chronik.

Zauberflöte Passula. Auf Veranlassung der ehemaligen Leiter der volkstümlichen Puppenspiele, der Herren Professor Kollmann und Joseph Bild, die mit Eifer und Erfolg die positive Bekämpfung des Kinoschunds durch Veranstaltung guter Unterhaltungsabende betreiben, fand gestern abend im Volkshaus ein Abend statt, an dem der originale Taffenspieler Chr. Passula das Publikum durch seine geschickten Manipulationen vollkommen zu täuschen verstand. Der Wert dieser Taffenspieler, in der es Passula zu

großer Fertigkeit gebracht hat, geht über den einer varietemäßigen Unterhaltung hinaus. Man kann an sich selbst und an dem Publikum interessante psychologische Beobachtungen machen, wie verhältnismäßig leicht der Mensch durch solche Illusionen getäuscht werden kann. Der Besuch dieser Abende ist daher zu empfehlen. G. S.

Arbeiterbildungsanstalt. Sonntag, vormittags 11 Uhr, findet eine Aufführung des Weihnachts-Oratoriums von Joh. Seb. Bach im Gewandhaus statt. Mitwirkende sind das Gewandhausorchester, der Vokalverein und große Solisten. Die Leitung hat Prof. Straube übernommen. Karten gelangen noch in dieser Woche zum Verkauf.

Theater in der Elsterstraße (Kammerspiele). Hans Leibelt, das bekannte Mitglied des Schauspielhauses, hat seinen Vertrag mit dieser Bühne gelöst und tritt ab 1. Januar 1920 als Mitbriteur in die Leitung des Theaters in der Elsterstraße (Kammerspiele) ein.

Gustav Herrmann liest am Sonntag im Kaufhaus neben weiteren Grotesken von Averiscento, Alabund, Kreis, Meyrink, Panizzo, Schmitz auch Nachlassgedichte von Morgenstern und satirische Prosa aus seinem demnächst erscheinenden Buche Gesichter und Grimassen.

Eingelaufene Schriften.

Prentice Mulford. Das Ende des Unfalls. Ausgewählte Essays. Sehr frei bearbeitet und aus dem Englischen übertragen von Sir Galahad. Verlag Albert Langen, München. Preis geb. 4 Mk., geb. 7 Mk.

Zur Geschichte und Tätigkeit der Sowjets in Rußland. Aus dem Volkstaschen des Petrograder Sowjets 1919. Verlag Spartakus, Stuttgart-Degerloch. Preis 1 Mk.

Abolf Wieds. Duer über die Bühne. Verlag von Schuster u. Pöschel, Berlin.

Oesterreichischer Arbeiter-Kalender für das Jahr 1920. 25. Jahrg. Verlag der Wiener Volksbuchhandlung, Wien VI. Preis 3,40 Kronen.

Hauptbahnhof anzukommen, als der Zug noch in Bewegung war. Dabei geriet sie zwischen Rampe und Trittbrett, wobei sie solche Unverletzungen erlitt, daß der Tod eintrat.

Schlachthof (Schlacht II). Donnerstag, den 11. Dezember, vormittags von 9 bis 12 Uhr, Ausgabe von Gulasch, Knochenbrühe, Extrakt, Brühwürfel. Verkauf an jedermann.

Lebensmittellisten für Donnerstag, den 11. Dezember.

Für Haushaltungen.

Anmeldung: Marmelade: Leichter Tag — abzugeben 18 B und K der Lebensmittelkarte Reihe L (1/2 Pfund.)
Fleisch: Leichter Tag — abzugeben 8 1—10, 8 1—5; Einfuhrmarken C 6 für Kinder und Erwachsene.
Ausgabe: Margarine für Gasp., Schankwirtschaften usw.: Warenentnahme Peterssteinweg 18 auf Fettmarken W 61—64, Nr. 601—1200 des Ausweises.
Margarine für Speiseanstalten, Kriegsküchen usw.: Warenentnahme Berliner Str. 7/9, auf Fettmarken W 61—64.
Für Händler.

Eier: Bezugseinnahme durch die Großhändler.
Nährmittel usw. für Kinder bis zu zwei Jahren und Nährmittel für Schwangere: Bezugseinnahme Schulstraße 1, Schalter 36 und 37.
Daferröhren und Suppen: Bezugseinnahme durch die Kleinhandl. und Obmänner und Vorlegung an die Verteilungszentrale, Schalter 36.

Polizeinachtichten.

Auf der Suche nach den Mördern des Agenten Ungelenk. Das Polizeiamt teilt mit: Es ist richtig, daß die beiden Personen in Bremen und Hamburg auf Ersuchen der Leipziger Kriminalpolizei festgenommen worden sind, und zwar ermittelte ein nach dem früheren Wohnort des Weigelt und seiner Gattin Elswaldt ermittelte Beamter des Leipziger Polizeiamtes den Unterschlupf. Es ist auch richtig, daß gegen beide verschiedene schwerwiegende Verdachtsgründe sprechen. Ob Weigelt und die Elswaldt aber wirklich die Mörder des Ungelenk sind, läßt sich vorläufig noch nicht mit Bestimmtheit sagen.

Ein Oberrealist als angeblicher Kautschukhändler festgenommen! Vor mehreren Tagen ist hier ein 20jähriger Mann in Militäruniform aufgetreten, hat Militäreinkauf und Lebensmittelgeschäfte aufgesucht und hier als angeblicher Einkäufer einer Reichswehrkantine unter dem Namen Eimer Brückmann, Postentzöger und vieles andere in anscheinlich falschen, natürlich stets ohne zu bezahlen. Wegen der Bezahlung verlor er die Geschäftskarte an seinen Kumpel (den es überhaupt nicht gibt). In Plauen erliefte er jetzt seine Festnahme, als er dortige Geschäftsleute ebenfalls mit seiner Kumpel beglücken wollte. Er entpuppte sich als ein in Hamburg wohnender Elern durchgebrannter Oberrealist. Sonst noch Geschädigte wollen sich recht bald bei der Kriminalabteilung melden. Ein Bild des jugendlichen Schwindlers liegt dort zur Ansicht aus.

Aus der Umgebung Leipzigs.

Kreisauerschul.

In der letzten Sitzung des Kreisauerschulrates wurden die Satzungen für die Sächsischen Gemeindefreihaltung und des Arbeitgeberverbandes sächsischer Gemeinden genehmigt. Weiter fanden Genehmigung die Erhöhung der Knechten der Stadt Burgstädt von 400 000 auf 425 000 M., und das Gesuch der Johanniterstiftung in Plauen zur Weiterführung der Privatkrankenkasse von Wachsenburg in Leipzig. Die Wahl von Sachverständigen entsprechend der Ausführungsverordnung zum Gesetz gegen die Veruntreuung von Geldern und Land ergab die Wahl der bisherigen Herren. Die Stadt Borna beabsichtigt, die Mittel für eine Beschaffungsbefähigung durch einen Zuschlag von 100 Prozent zur städtischen Einkommensteuer in den Steuerklassen von Klasse 17 an aufwärts zu beschaffen. Der Kreisauerschulrat sprach sich dahin aus, daß zwar die unteren Steuerklassen von einer Erhöhung der Einkommensteuer verschont werden müßten, daß es aber nicht angängig sei, die Progression von Klasse 18 bis 17 in der beschriebenen Weise zu steigern. Der Aufnahm einer Knechte von 25 Millionen Mark durch die Stadt Leipzig zur Übernahme der Straßenbahn stimmte man zu, ebenso der Aufnahme einer Knechte von 550 000 M. durch die Stadt Waldheim und der Übernahme einer bleibenden Verbindlichkeit durch die Stadt Borna. Endlich beschäftigte sich der Kreisauerschulrat mit den zwischen den Stadtverordneten und dem Stadtrat in Leipzig entstandenen Differenzen wegen der Weiterzahlung der Gehälter der Krankenkassenbeamten. Nach einem ausführlichen Referat des Regierungsrates Gmeiner trat der Kreisauerschulrat der Auffassung des Rates bei, daß die Stadt rechtlich zur Weiterzahlung der Gehälter verpflichtet sei.

Bezirksverband Grimma.

Freitag und Sonnabend, den 12. und 13. Dezember, kommen 140 Gr. Corned Beef (amerikanisches Rinderfleisch), Anzahl 70 Gr., zur Verteilung. Der Preis für das Rinderfleisch beträgt für 140 Gr. 1.57 M., und für 70 Gr. 79 Pfg. — Die Geltungsdauer der vom Bezirksverband ausgegebenen 10-, 25- und 50-Pfg.-Scheine ist bis zum 30. Juni 1920 verlängert worden.

Zweimundorf, Gemeinderat. Die von dem Lebensmittelkomitee bei den Geschäftsleuten entnommenen Lebensmittelproben haben keinerlei Anlaß zu Beanstandungen gegeben. Der Ort soll in Zukunft vom Postamt Stützritsch und bestellt werden. Durch die an den Straßen entnommenen Bäume sind vorläufig 37 Familien mit Brennholz versorgt worden. Das Ortsgefes über Gewährung von Tagelohn und Reislohn an Gemeinderatsmitglieder und Gemeindefreihaltung sind einstimmig angenommen. Wegen Weiterführung der bisherigen Beschaffungsbefähigung neben den Grundbesitzerbeiträgen soll ein Nachtrag geschaffen werden. In den Schulvorstand werden aus der Mitte des Gemeinderats die Herren Ringpsell, Fegold und Martin und als Elternvertreter die Herren Heine und Winter gewählt. Die Ortsbauordnung ist vom Ministerium geprüft und unter einigen Abänderungsvorschlägen zurückgekehrt worden. Diesen Abänderungsvorschlägen wird beigetreten. Wegen Erbauung von Wohnhäusern unter Inanspruchnahme der Reichs- und Staatszuschüsse durch die Gemeinde sollen weitere Schritte eingeleitet werden. Die Kreisstrafen sollen eine gründliche Aufbesserung erfahren. Zur Gemeindefreihaltung soll ein Nachtrag geschaffen werden, wonach das persönliche Einkommen mit 80 Prozent der Grundbesitz mit 20 Prozent belastet werden soll. Die Gemeindefreihaltung sollen am 19. Dezember vorgenommen werden. Die Wahlvorschläge sind bis 18. Dezember beim Gemeindevorstand einzureichen. Die den Staatsbeamten und Lehrern bewilligten Beschaffungsbefähigungen werden den Gemeindefreihaltung nicht gewährt. Zum Ankauf werden die Gehälter entsprechend erhöht. Mit dem Besitzer des Ritterguts soll wegen Einbeziehung des ererbten Gutsbezirks in den Gemeindefreihaltung in Verhandlungen eingetreten werden.

Bertha, Gemeinderat. Der Nachtrag zum Zuwachssteuer-Ortsgefes wurde nochmals einstimmig angenommen und soll nun der Ausschussbehörde zur Genehmigung eingereicht werden. In einem Schreiben zeigt die Gasanstalt Engelsdorf die bereits am 1. d. M. eingetretene Erhöhung des Gaspreises an. Das Kubikmeter Gas kostet demnach bis auf weiteres 55 Pfg. Der Gaslieferungsvertrag soll vom Verfassungsausschuss durchgesehen werden und dieser soll eventuell mit der Gasanstalt in Verbindung treten wegen Vereinbarung zeitgemäßer Lieferungsbedingungen. Die Einwohnerzahl soll besonders auf einen möglichst geringen Gasverbrauch hingewiesen werden. Ferner verlangt die Gasanstalt die Verteilung des Gas-

messers für das Wasserwerk, da der jetzige Stand unvorteilhaft sei. Die Prüfung wird dem Bauausschuss überwiesen. Im ersten Vierteljahr 1920 sollen an Gemeindefreihaltung erhoben werden: 45 Prozent nach den bisher geltenden Staatseinkommensteuern und 10 Prozent von jeder Grundbesitzerbeiträge. Man hofft mit diesen Erträgen die Bedürfnisse der Gemeinde für die ersten drei Monate des nächsten Jahres befriedigen zu können. An Wegebaubeiträge für 1919 sind der Gemeinde circa 1300 M. überwiesen. Zur Verteilung der Lebensmittel für die ärmere Bevölkerung sind den Gemeinden Borna, Kleinsteuberg und Wolfshain 580 M. zur Verfügung gestellt. Diese Summe soll an die drei Gemeinden der Einwohnerzahl entsprechend verteilt werden. Eine merkliche Verteilung wird man damit kaum erreichen können. In der Brennholzbeschaffung verspricht der Gemeindevorstand nach Möglichkeit zu sorgen. Lebhaftige Klage wurde geführt über die Lieferung von sehr schlechten Kartoffeln. Der Verein hat Maßnahmen und Nachlieferung angefordert. Die Wahlen eines Gemeindefreihaltungsrates und des Ortsverwaltungskomitees wurden zurückgestellt.

Tauscha, Hilfsausschuss für Kriegsgefangene. Nach einer Ministerialverordnung ist beim Stadtrat ein Hilfsausschuss der Amtshauptmannschaft Leipzig (Neben-Hilfsausschuss) zu errichten, der über die Gewährung von wirtschaftlichen Beihilfen an ehemalige Kriegsgefangene zu entscheiden hat. Der Hilfsausschuss hat zu bestehen aus dem vom Stadtrat zu bestimmenden Vorsitzenden, einem Vertreter der sozialen Kriegsbeschädigtenfürsorge, dem vom Ortsrat für Kriegerversorgung zu bestellen ist, und vier ehemaligen Kriegsgefangenen. Die Kriegsgefangenen- und Kriegsbeschädigtenvereinigungen in Tauscha werden ersucht, Vorschläge bis zum 16. Dezember 1919 beim Stadtrat einzureichen.

Wiederitzsch, Gemeinderat. Von den Leipziger Krankenhäusern wurde mitgeteilt, daß die Verpflegung für Auswärtige 7.50 M. pro Tag betragen. Weiter nimmt man davon Kenntnis, daß die Frist zur Gewährung von Ueberweisungszuschüssen für öffentliche Notstandsarbeiten, die am 31. Dezember d. J. ablaufen sollte, bis 30. Juni 1920 verlängert worden ist. Für bis dahin nicht fertiggestellte Arbeiten sollen keinerlei Zuschüsse mehr bewilligt werden. Das Lustbarkeitssteuerregulativ wird zur Korrektur dem Verfassungsausschuss überwiesen. Von der Erhebung eines dritten Steuertermins wurde Abstand genommen, da trotz enormer Ueberforderung des Etats die Deckungsmittel durch die unerwartet hohen Einnahmen aus der Wertzuwachssteuer aufgebracht werden können. Die Forderung der Gemeindefreihaltung und Arbeiter um Gehaltserhöhung wurde nochmals dem Finanzsausschuss überwiesen, da der Gehaltserhöhung zu den Verhandlungen hinzugetreten sei. Die an Stelle der Besitzwechselabgabe von Rechts werten geschaffene Grundbesitzersteuer soll den Gemeinden das Recht, bis zu 1 Prozent zu erheben. Dieser Zuschlag soll vom 1. Oktober an rückwirkend erhoben werden. Dem Fonds der Kriegswohlfahrtspflege wurden aus Mitteln der Wertzuwachssteuer 6000 M. überwiesen. Aus diesem Fonds sollen alle Kriegswitwen und Frauen, deren Männer noch in Gefangenschaft sind, je 100 M. und deren Waisen und Kinder je 50 M. erhalten. Der Gaspreiserhöhung von 40 auf 55 Pfg. pro Kubikmeter wurde zugestimmt. In nichtöffentlicher Sitzung lehnte man die vom Staate geforderte Beihilfe an die Gassen ab, da unsere Gassen sich in keiner Notlage befinden. Es wurde empfohlen, sich erst einmal der Kriegswitwen anzunehmen.

Waldheim, Justizhaus. Kirchenaustritt. Alle, die sich durch ihre Unterschrift beim Genossen Beyold im Konsumverein bereit erklärt haben, aus der Kirche auszutreten, müssen sich am Sonntag, dem 14. Dezember, vormittags von 11 bis 12 Uhr, auf dem Gemeindeamt in Waldheim einfinden. Durch die eigene Unterschrift wird dann der Austritt rechtskräftig. Für Kinder unter 14 Jahren können die Eltern selbst entscheiden. Ein Ausweis über die Person, z. B. Familienkassenbuch oder Geburtschein, ist von denen, die noch nicht lange am Orte wohnen, mitzubringen.

Sächsische Angelegenheiten.

Aus der Volkshammer.

Weiterberatung des Finanzsausschusses.

Der Volkshammer lag gestern zunächst der Bericht des Finanzsausschusses A über den Etat des Kultusministeriums des Zwischenhaushaltsplans zur Aufhebung vor. Obwohl es über dieses Kapitel wohl viel zu sagen gibt und auch der Reichstatter bereits eine Reihe von Fragen anregte — u. a. die politische Einwirkung auf die Jugend, besonders an den höheren Schulen, die Gleichstellung der Fortbildungsschulen mit den Fach- und Gewerkschulen und die Unterstellung aller Lehranstalten unter das Kultusministerium, sowie die Frage des Religionsunterrichts — wurde gestern von einer speziellen Debatte abgesehen, weil der neue Kultusminister Dr. Seyditz für nächsten Dienstag eine Programmrede angekündigt hat, wobei an eine Schuldebatte in großem Umfang gedacht ist. Das Kapitel wurde noch einigen kurzen Erklärungen genehmigt, wobei die Vertreter unserer Partei gegen die Anwendungen für kirchliche Zwecke stimmten. Die Rechtssozialisten stimmten entgegen ihrer früheren Haltung und im Widerspruch zu ihrer Stellung beim Übergangsgesetz für diese Positionen.

Eine merkwürdige Haltung nahmen die Mehrheitsler auch gegenüber den Gesundheitsfragen im Reich ein. Genosse Lippin wies darauf hin, daß die Gesundheitsfragen im Reich völlig überflüssig seien und bewies das an dem Beispiel der Weimarer Gesundheitsfrage. Diese Gelegenheit benutzte der Dr. Seyditz, um seine besondere Freude über die Wandlungen der Reichssozialisten auszudrücken, die im Ausschusse die Wichtigkeit der Gesundheitsfragen anerkannt und der Forderung zugestimmt hätten. Diese Feststellung war den Rechtssozialisten recht unangenehm, und schließlich entschuldigte die schwankende Haltung seiner Genossen damit, daß es sich nur um eine vorläufige Entscheidung handle; die grundsätzliche Stellungnahme behalte sich seine Fraktion für die Beratung des vorliegenden Etats vor. Nach einer ähnlichen Erklärung des Abgeordneten Günther für die demokratische Partei wurde das Kapitel Ministerium des Auswärtigen und Gesundheitsfragen genehmigt.

Bemerkenswert ist noch eine zu Beginn der Sitzung vorgetragene Entscheidung der Regierung, daß sie weitere Mittel für Steuererhöhungen an die Volkshammer mit Rücksicht auf die ungenügende Finanzlage des Staates nicht bereit stellen könne. Dieser belausen sich die jährlichen Einnahmen für Steuererhöhungen an die Volkshammer auf 3 1/2 Millionen Mark.

Um die Erhöhung der Lebensmittelpreise.

Die Neuerungen des sächsischen Wirtschaftsministers in mehreren Versammlungen und im Gesetzgebungsausschuss der Volkshammer, daß die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse den verteuerten Produktionskosten nicht mehr entsprechen, haben den agrarischen Kreisen von neuem Vorschub geleistet. Die Landwirtschaftsorganisationen treten mit unerschütterlichen Forderungen hervor, und in der Presse ist bereits eine weitere Vertiefung der wichtigsten Nahrungsmittel angekündigt worden. Das Leipziger Tageblatt läßt sich demgegenüber aus Dresden berichten: „Wie wir an aufständiger Stelle hören, entspricht die Meinung nicht den Tatsachen. Eine derartig folgenschwere Maßnahme ist nicht beabsichtigt.“ Diese Mitteilung eines heilhörigen Reporters besagt natürlich gar nichts und ist am allerwenigsten geeignet, Veruhigung zu schaffen. Die Regierung haben vor dem Drängen der in der Wahl ihrer Mittel durchaus nicht zimperlichen landwirtschaftlichen Produzenten ihre ursprünglichen Absichten so oft aufgegeben, daß ihre Versicherungen bei den Konsumenten kein Vertrauen mehr finden. Und dieses Vertrauen ist nach den auf die agrarischen Forderungen geradezu anreizend wirkenden Neuerungen des Wirtschaftsministers auch für die Zukunft nur zu sehr begründet.

Landeskonferenz der Erwerbslosen Sachsen.

Auf der kürzlich in Dresden abgehaltenen zweiten Landeskonferenz der Erwerbslosen Sachsen berichtete Gubisch über die allgemeine Lage der Erwerbslosen. Auf der ersten Landeskonferenz in Leipzig wurde ein Arbeitsprogramm der Erwerbslosenrat Sachsen geschaffen, nach dem auch einigmaßen gearbeitet werden konnte. Von den Gewerkschaften wie auch von den Behörden sei anfangs Widerstand geleistet, aber die entstandenen Konflikte seien bald wieder beigelegt worden. Erst in der letzten Zeit sei erneut eine Spannung zwischen Regierung und Erwerbslosenrat eingetreten. Dem Landesrat seien heute rund 200 sächsische Erwerbslosenrat angehängt, die durch ihre Tätigkeit manche Vorteile erlangen hätten. In den meisten Orten sei eine Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung durchgesetzt. Trotzdem seien die Erfolge im Vergleich zu den Forderungen nur gering. Es mache sich notwendig, einheitliche Forderungen zu stellen und sich zu diesem Zwecke enger zusammenzuschließen. Die sächsische Regierung lehne eine Verantwortung der Landesräte beim Reiche ab. Sie halte die Gewerkschaften allein für berechtigt. Das Erscheinen eines Mitteilungsblattes für die Erwerbslosen sei im Einverständnis mit dem sächsischen Arbeitsministerium vom militärischen Beschläger verboten worden. Der harte Kampf mit der Regierung und die Schwierigkeiten um die Erringung und Durchführung der Forderungen machten nicht nur eine moralische, sondern vor allem auch eine finanzielle Unterstützung notwendig.

Es folgten die Berichte der Kassierer und Revisoren. In der anschließenden Diskussion polemisierte Fränkel (Plauen) scharf gegen die Gewerkschaften. Ein anderer Redner forderte strenge Einhaltung der achtstündigen Arbeitszeit und strikte Ablehnung der Notdarbeit; während Schubert (Zwickau) einen Zusammenschluß mit den politischen Parteien (!) forderte. In seinem Schlußwort meinte Gubisch, er halte entgegen lautgewordenen Meinungen ein Zusammenarbeiten mit den Gewerkschaftsfaktoren für unangebracht. Die Kämpfe seien politisch zu führen, denn Gegner der Arbeitslosen seien nicht allein die Kapitalisten, sondern weit mehr die Regierungen und Behörden.

Einige Anträge über die Verbesserung der Erwerbslosenfürsorge wurden angenommen, andre dem Landesrat als Material überwiesen.

Ueber die Arbeitsvermittlung sprach Müller (Zwickau). Er wandte sich besonders gegen die Behandlung, Verpflegung und Entlohnung der Arbeitslosen in der Landwirtschaft. Da die Erwerbslosenrat nicht die geringste Machtbefugnisse hätten, Verfügungen zu treffen, sei ihre Kontrolle in der Landwirtschaft völlig unmöglich.

In der sehr lebhaften Debatte wurde verlangt, daß unter den gegebenen Verhältnissen den Großgrundbesitzern eine Vermittlung abgelehnt werde. Angenommen wurde eine Resolution Müller (Zwickau), die jede Zwangsbeschäftigung in die Landwirtschaft ablehnt.

Gubisch referierte sodann über die Organisation der Erwerbslosenrat und Notstandsorganisationen. Zur Frage der Notstandsbeiräte wurde eine engere Zusammenfassung der einzelnen Notstandsarbeiterräte gefordert. Es lag ferner ein Arbeitsprogramm, von Leipzig aufgestellt, vor, das im wesentlichen die kommunistischen Forderungen auf die Sache der Arbeitslosen bezogen enthält. Eine rege Debatte entspann sich über Anträge Arbeitsprogramm. Die Plauer Vertreter kritisierten scharf das scheinige Arbeiten der Dresdener Erwerbslosenrat. Müller (Dresden) verwies auf die ungenügende Schwere der Notstandsarbeiten hin, mit denen die Dresdener Erwerbslosen zu kämpfen haben, um einen Einfluß bei Behörden und Regierungen zu erhalten.

In der Abstimmung wurden Anträge von Chemnitz, Glauchau und des Vogtlandes über den Ausbau der Organisationen der Erwerbslosenrat und Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Erwerbslosen und Notstandsarbeiter, angenommen. Das Leipziger Arbeitsprogramm wurde gleichfalls gegen wenige Stimmen zum Beschluß erhoben. Als Sitz des sächsischen Erwerbslosenrates wurde Chemnitz bestimmt. Weiter wurde beschlossen, daß in Zukunft die Kreisauerschulrat je zwei Vertreter in den Landesauerschuss und je einen Vertreter zur Reichskonferenz zu delegieren haben.

Schuria (Leipzig) hielt ein Referat über die Auswandererfrage. Er warnte vor einer Auswanderung nach den Staaten Amerikas, Argentinien und Brasilien. Eine Notwendigkeit der Auswanderung aus Deutschland bestehe nur bedingt. Die Kultivierung der Felder- und Moorlandwirtschaft, die Ausnutzung der Energiequellen schaffen große Arbeitsmöglichkeiten. Wenn sich dennoch eine Auswanderung nötig mache, dann könne nur Sowjetrußland als Zielungsland in Frage kommen. Aber auch Rußland gegenüber solle man sich nicht zu sehr im optimistischen Glauben verlohnen. Zur Frage des Wiederaufbaus im besetzten Gebiet führte Redner aus, daß weder das französische Kapital noch die Arbeiterschaft ein Vertrauen nach deutschen Unternehmern und Arbeitern haben. Die Erwerbslosen könnten sich nur dann am Wiederaufbau beteiligen, wenn ihnen volle politische und wirtschaftliche Freiheit zugesichert wird. Eine Resolution, die jede Beteiligung am Wiederaufbau ablehnt, wurde angenommen, ebenso die Referenten-Resolution zur Auswanderungsfrage.

Das Schulprogramm des sächsischen Seminarlehrervereins.

In Dresden wurde eine Hauptversammlung des sächsischen Seminarlehrervereins abgehalten. Nach einem Vortrag von Prof. Dr. Günther in Leipzig wurden zunächst die vorgeschlagenen Satzungen und die von der Leipziger Gruppe entworfenen Vorschläge zur Selbstverwaltung angenommen. Weiter besaßte sich die Versammlung mit dem Schulprogramm. In diesem Punkt empfahl Prof. Dr. Günther Leipzig die Annahme des Leipziger Schulprogramms. Die Versammlung nahm dieses Programm mit einigen Änderungen gegen wenige Stimmen an. Der Hauptinhalt des Programms ist völlige Angleichung der Ausbildung sächsischer Lehrer an die der anderen höheren geistlichen Berufe, Trennung der allgemeinen und beruflichen Ausbildung, Allgemeinerbildung auf einer Oberschule, berufliche Ausbildung auf der Hochschule, Umgestaltung des Seminars in eine deutsche Oberschule und des Pädagogiums auf dem Gebiet der Lehrerbildung. Zur Frage der Internatereform beschloß die Versammlung, daß die von der Zwickauer Gruppe aufgestellten Vorschläge vorläufig die Meinungsausschätzung des Vereins darstellen. Es soll angestrebt werden, das Internat der hiesigen Erziehung anzupassen und zum Schülerheim auszugestalten.

Neuentdeckte Boderschätze in Sachsen.

Bei einiger Zeit wurde über Kohlenvorkommen in der Gegend von Dörsch-Mühlitz-Thalheim berichtet. Das Bergamt in Freiberg, das auf Veranlassung der Amtshauptmannschaft Dörsch eine Untersuchung vornahm, stellte fest, daß es sich nicht um Braunkohle, sondern um ziemlich minderwertigen Dörschener Kohle handle, dessen Verwendung zugelassen werden könne.

Ganz so wertlos scheint indes der Dörschiefer doch nicht allenfalls haben beurteilt zu werden. So hat jetzt die Maschinenfabrik Dr. Gaspary u. Co. in Markranstädt bei Leipzig die Amtshauptmannschaft Dörsch darauf aufmerksam gemacht, daß solches Dörschiefermaterial auch in anderen Gegenden Deutschlands bereits mit gutem Erfolg verwendet wird. Der Firma ist bekannt, daß in Müßingen (Württemberg) ölhaltiger Schiefer, also wahrscheinlich das gleiche oder ein ähnliches Material wie hier, in Schichten gebraucht wird. Die Abgase dieser Leien werden zum Betrieb von Kraftmaschinen ausgenutzt. Der gebrochene Schiefer erhält durch das Brennen hydraulische Eigenschaften, die ihn zementähnlich machen. Man verwertet nun die Schieferstücke und den abgebrannten, zementähnlichen Schiefer, den man macht, als Düngemittel, und fertigt auch Schmelzsteine davon. In der Umgegend von Müßingen und in Müßingen selbst werden solche Schmelzsteine als gutes Baumaterial geschätzt; und auch anderweitig dort in der Gegend ist man dabei, neue Abfah-

Möglichkeit für solchen Brennstoff durch Erschließung neuer Vorkommen zu schaffen.
Bei der Wichtigkeit der Sache dürfte doch eine erneute Prüfung der Sache angebracht sein, wobei man sich die Erfahrungen von Wälfingen zunutze machen kann.

Chemnitz. Auch in Chemnitz ist, wie bereits in Leipzig und Dresden, eine Filmzensurstelle gegründet worden.

Mittweida. Die Stadtverordneten genehmigten die vorläufige Auszahlung der Hälfte der den städtischen Beamten, Lehrern und Arbeitern genehmigten Besoldungsbeihilfen, ebenso sollen den Erwerbslosen und ihren Angehörigen nach der Reichsverordnung über Reichswinterbeihilfe einmalige Beträge von 300 bzw. 200 Mark gewährt werden. Für Schwerkriegsbeschädigte wurde eine Wehrzuweisung an Heizmaterial beschlossen.

Pleiss. Wegen Kohlenmangel hat die Firma Sächsische Emailierwerke Gebr. Gebler ihren Betrieb einstellen und etwa 200 Arbeiter entlassen müssen. Auch müssen in den Zellulosefabriken von Poesch u. Co. aus gleichem Grunde etwa 400 Arbeiter feiert.

Zwickau. In den letzten Tagen hat die Ueberwachungsstelle in einigen Nachbargemeinden die Viehbestände wegen der Schwarzschlachten revidiert und in Seelitzstadt 70 Schweine nicht angemeldet, in Klauen 30 und in Pfiboden 10 Stück Vieh nicht gemeldet gefunden.

Gewerkschaftsbewegung.

Gewerkschaftsstatistik.

In der Versammlung am 2. Dezember gab Gen. Schilling den Bericht vom Ausschuss. In einer Sitzung mit dem Arbeitsamt wurde über eine einheitliche Behandlung der Arbeitslosenangelegenheiten verhandelt, und es wurden sonstige Beschwerden geregelt. Da vom 1. Januar an den Gewerkschaften nur noch die Auszahlung der Unterstützung, nicht mehr die Erfüllung der Gesuche übertragen werden soll, erklärten die meisten Vertreter der Organisationen, dass sie dann die Auszahlung einstellen würden. Dem sächsischen Ministerium soll Mitteilung gemacht werden. — Die Entschädigung für die Auszahlung der Unterstützung ist auf 1 1/2 Proz. erhöht worden. — Auf eine Eingabe des Kartells antwortete der Rat, dass er in vier Schulen Wärmebäder für Arbeitslose einrichten lässt. — Der Schlichtungsausschuss antwortete auf eine Beschwerde, dass in Zukunft in den einzelnen Kammern Streitfälle zwischen Arbeitern und Unternehmern nur noch unter Hinzuziehung von Beisitzern aus Arbeiterkreisen verhandelt würden. Die gerichtlich Abwehungen von diesem Grundsatze erklärten sich aus den Verreibungen, die Erledigung von Streitfällen zu beschleunigen. — Ein zweiter Kursus zur Ausbildung der Betriebsräte hat begonnen. — Die Gewerkschaften sollen sich an dem Betrieb der Beitragsmarken für die Propagandazentrale für das Mätesystem im Freistaat Sachsen beteiligen. — Im Völkischer Bergarbeiterstreik sollte das Kartell vermitteln. Die Arbeiter erklärten sich damit einverstanden, die Vermittlung lehnte die Vermittlung ab. Ihr lag mehr an der Wirkung von allerlei vorgehenden Schlichtungsinstitutionen, denn an einer raschen Verständigung.

In der Aussprache kamen Bedenken zum Ausdruck gegen einzelne Tätigkeiten des Arbeiterrates, die aber durch weitere Klärung zerstreut wurden. Dann nahm die Versammlung Stellung zur „Technischen Nothilfe“. Schilling referierte über die Entstehung und das Wesen dieses „werkstätten Arbeiterforums“, wie der andere Name der Nothilfe lautet. Am Gegenab zur Berliner Funktionärerversammlung der Reichssozialisten hoben sich eine Anzahl Gewerkschaften, darunter auch die „Kra“ in Berlin, scharf gegen diese staatliche Organisation von Streikbrechern ausgesprochen. Der Ausschuss legte folgende Resolution vor:

Das Leipziger Gewerkschaftskartell erklärt in der „Technischen Nothilfe“ den Versuch, im Interesse des Unternehmertums und der kapitalistischen Gesellschaft weiteren Arbeiter- und Anstelltenentscheidungen das Koalitionsrecht zu nehmen. Es wird in dieser Auffassung bekräftigt, da diese Einrichtung ohne jede Verbindung mit den Gewerkschaften geschaffend wurde. Die überlebende Zustimmung der Unternehmerpresse besetzt außerdem jeden Zweifel über den wahren Charakter dieser Organisation. Das Leipziger Gewerkschaftskartell hält seine Zugehörigkeit zur Technischen Nothilfe mit einer Mitgliedschaft in einer freien Gewerkschaft für unvereinbar.

Nach kurzer, einstimmiger Aussprache wurde die Entschädigung einstimmig angenommen. Unter Verschiedenem kamen eine Reihe von Anregungen und Beschwerden zur Sprache, die dem Ausschuss zur Erledigung überwiesen wurden.

Lohnbewegungen im Saargebiet.

Aus Saarbrücken wird den P. V. N. geschrieben: Der Christliche Metallarbeiterverband und der Deutsche Metallarbeiterverband haben am 24. November gemeinsam an den französischen Kontrolldienst in Saarbrücken Lohnforderungen für die Handwerker, Maschinen- und Heizer eingereicht. Gefordert werden neben dem möglichsten Abschluss eines Tarifvertrages für alle Arbeiter ein Grundlohn von 20 Mk., die Schicht und eine Lohnzulage für Handwerker pro Schicht 4,50 Mk., für Maschinenisten 6 Mk. und für Heizer 5 Mk. In den Verhandlungen, welche am 25. November geführt wurden, stellten beide Verbände, die Bergwerkdirektion und der französische Kontrolldienst, fest, dass die Forderung besonders infolge des Preisstandes des Wertes der Mark gerade im Grenzlande sich zur Zeit ungünstiger gestaltet als in Westfalen, dessen Lohnverhältnisse bekanntlich als Grundlage für die des Saargebietes dienen sollten. Zur weiteren Feststellung der Höhe sollten die nötigen Unterlagen noch den Verhältnissen des westfälischen Industriegebietes beschafft werden. Für den Tarifabschluss sind die Vorarbeiten eingeleitet.

Bergarbeiterbewegung in Südwales.

Das englische Sozialistenblatt Daily Herald berichtet über eine unter den Bergarbeitern des südlichen Wales von Wales angeführte Streikbewegung, die darauf hincitelt, die Einkommen bis zu 250 Pfund jährlich (5000 Schilling) von der Einkommensteuer zu befreien. Eine Abstimmung unter den Bergarbeitern dieses Teils der Provinz ergab eine kleine Mehrheit für den Eintritt in den Streik, und zwar 79 307 für 72 837 gegen den Streik. In Anbetracht dieses geringen Stimmenunterschusses hat aber eine Delegiertenkonferenz der Bergarbeiter in Cardiff beschlossen, den Eintritt in den Streik bis zur Vernahme einer Gesamtentscheidung in ganz Wales zu vertagen.

Gerichtssaal.

Schwurgericht.

Wegen Gefangenenerkennung standen vor dem Schwurgericht der am 30. 5. 95 geborene Schmiedler Karl Richard Jesmann aus Leuchtern und der am 1. 5. 97 geborene Steinarbeiter Fritz Müllerlein aus Demitz. Beide verdüßten zur Zeit eine Gefängnisstrafe wegen Diebstahls. Es wurde dem Angeklagten J. zur Last gelegt, am 25. Mai 1915 einen Ausbruchversuch unternommen zu haben, indem er den die Zammelschle betretenden Landgerichtsbüchler Schreiber zu Boden warf, dann die Zelle verließ und dem Ausgang des Gebäudes zustrebte. Er wurde aber ergriffen, verlor im klaren Bewusstsein und fand sich erst in der Zellschloßzelle wieder, wo er in Ketten gelegt und namentlich von dem Oberaufseher Kruze mit Hühnern getreten und geschlagen wurde. Müllerlein, der mit J. und zwei weiteren Gefangenen in gemeinsamer Zelle untergebracht war, hatte ebenfalls die Zelle verlassen und eine andere geöffnet. Bekannt, der schon einmal im Felde gegen militärische Vergehende tätlich vorgegangen war, gab die Tat zu und erklärte, daß er in großer Verzweiflung über seine Lage begangen habe, besonders gerrieben durch die Nachricht, daß seine frühere Geliebte mit all seinen Habseligkeiten während seiner Haft das Weite gesucht habe. J., dem die Tat damals jedes klare Denken vollkommen unmöglich machte, hatte in der Einzelzelle vorher schon einen Selbstmordversuch unternommen.

J. behauptete, daß er nicht habe ausbrechen wollen; im Gegenteil sei es sein Bestreben gewesen, aus der gegenüberliegenden Zelle Hilfe für den am Boden liegenden Beamten herbeizuholen. J. ist auch selbst wieder in seine Zelle zurückgekehrt. Seine Angaben konnten durch Zeugenangaben nicht völlig widerlegt werden.

Beide Angeklagte wurden dem Angeklagten J. Jesmann keine mildernden Umstände zugebilligt. Die Geschworenen befanden bei Jesmann die Frage wegen Widerstandes (§ 113), bei Müllerlein wegen versuchter Gefangenenerkennung, Jesmann, der eine Gefängnisstrafe von zwei Jahren sechs Monaten verbüßt, erhielt eine Zusatzstrafe von acht Monaten Gefängnis, Müllerlein, der mit einem Jahr drei Monaten Gefängnis bestraft ist, eine Zusatzstrafe von drei Monaten.

Briefkasten der Redaktion.

Kriegsbeschädigter 70. Von einer solchen Verfügung ist uns nichts bekannt.

K. V. Schl. Verfährt erst in zwei Jahren nach Ablauf des Jahres, in dem die Forderung entstanden ist.

Dahlenberg. Nur versorgungsberechtigte Kriegsbeschädigte haben diesen Anspruch. Anträge sind an das zuständige Bezirkskommando zu richten. — 50 Pfa. für die Parteikasse.

M. G. 101. Wenn der Arbeitsvertrag zunächst nur für einen Monat abgeschlossen wurde, bedarf es einer besonderen Kündigung nicht. Sonst gilt die übliche gesetzliche Kündigung. Das verurteilte Gehalt kann beim Kaufmannsgericht (Neues Rathaus) eingeklagt werden. — 1 Mk. für die Parteikasse.

700 B. Wir haben Ihr Schreiben dem Arbeiterrat der Antischwarzarbeitergesellschaft zur Untersuchung übergeben. — 50 Pfa. für die Parteikasse.

Moderne
Beleuchtungskörper
Elektrische Anlagen
Leitz- u. Kochapparate



Otto Henze
Leipzig Neumarkt Nr. 9-19.
Städt. Kaufhaus Laden 33.
Telefon Nr. 3765.



Musikinstrumente
jeder Art in preiswerter Güte
JUL. HEINR. ZIMMERMANN
Leipzig, Querstr. 26-28

Trinken
Dr. Detter's Tee
deutscher
Herkunft

Nach Art des in China
üblichen Verfahrens
aus deutschen Blättern
hergestellt und ein
vorzüglicher
Tee-Ersatz u. Tee-Zusatz

Er schmeckt ähnlich wie chinesischer Tee!

Christbaum-Lichthalter
Lametta, Konfitüren-Kartons
Knallbonbons, Silvester-Gießblei
Vorteilhafte Bezugsquelle für Wiedervorkäufer.
M. Aplan-Bennwitz G. m. b. H., Leipzig
Markt 8, Kleins Fleischergasse 2.

Berein für Mutterchutz
Besteht seit bis auf weiteres: **Burgstr. 33**, Zwischen-
gehöf (gegenüber: Ratstetter). Sprechstunden täglich,
außer Sonnabends, von 9-11 Uhr. Telefon: 367.

Familien-Nachrichten

Dank.
Für die herliche Teilnahme bei dem Verluste
meines geliebten Mannes, unseres Bruders, Schwager-
s und Onkels
Paul Seyfert
sage ich allen meinen herzlichsten Dank. Besonders
Dank den lieben Kollegen von der Firma Dupfel
und dem Ortsverein Großschöcher-Windorf für das
freiwillige Tragen. In tiefstem Schmerze
Großschöcher, Hermann-Beyer-Straße 6
Auguste verw. Seyfert.

Zurückgekehrt vom Grabe unseres lieben Pflege-
sohnes, Bruders, Schwagers und Onkels, des Herrn
Paul Frauendorf
sagen wir allen, die seinen Sarg so reich mit Blumen
schmückten, herzlichsten Dank. Besonders Dank der Firma
Friedr. Horn und seinen Mitarbeitern der Firma G. Sieg-
lich & Co., Lindenau. Dir aber, lieber Paul, rufen wir
ein Ruhe sanft in die Wirklichkeit nach.
L. Lindenau, den 8. Dezember 1919.
Die trauernden Hinterbliebenen.

Seinen lieben Freunden und Bekannten teilen
wir mit, daß unser lieber Sohn und Bruder
Kurt Stöpel
infolge Herzschlages im Alter von 28 Jahren plötzlich
verstorben ist. In unlagbarem Schmerze
Leipzig, Steinstraße 40, den 7. Dezember 1919
Familia Rudolf Stöpel.

Radfahrer! Achtung!
Wir protokollieren alle abgefahrenen Radreifen.
Prima Gummilauffläche
Reifen werden wie neu. Ein Versuch überzeugt.
Keine Reifensorge mehr.
Stets Lager in neuen Fahrrad-Decken und -Schläuchen.
Preuss & Rauer
Vulkanisier-Anstalt
Leipzig-Anger — Tel. 60925 — Zweinaundorfer Str. 11.

Nach kurzen Krankentage verschied am 8. De-
zember meine liebe Frau
Lina Hoffmann geb. Frenzel
Des jetzt hierdurch tieferbührt an
Leipzig, A., Wörthstraße 28. J.
Albin Hoffmann und Kinder.
Die Beerdigung findet Donnerstag, vormittags
1/11 Uhr, auf dem Südriedhofe statt.

Allen Freunden und Bekannten hierdurch zur
Nachricht, daß nach langem schwerem Leiden heute
morgen 6 Uhr mein lieber guter Mann, unser treu-
sorgender Vater, Schwiegervater, Bruder, Schwager
und Onkel
Otto Schott
im Alter von 57 Jahren sanft einschlafen ist.
In tiefstem Schmerze
L. Lindenau, den 9. Dezember 1919
Albertinerstraße 21, part.
Thoreso Schott geb. Winzor und Kinder
und alle Hinterbliebenen.
Die Beerdigung findet Sonnabend, vormittags
1/11 Uhr, auf dem Lindenauer Friedhofe statt.

Am 8. Dez. verschied nach kurzen aber schwerem
Leiden meine liebe Frau, meine teure unvergeßliche
Mutter, unsere Schwester, Schwägerin und Tante, Frau
Hedwig Schmidt geb. Kellner
im 46. Lebensjahre. In tiefstem Schmerze
Leipzig-Kleinschöcher, Windorfer Straße 84
Max Schmidt, Helene Schmidt u. Angehörige.
Die Beerdigung findet Freitag, nachmittags 3 Uhr,
von der Kapelle des Friedhofs Kleinschöcher aus statt.

Konsum- u. Spargenossenschaft für Wurzen und Umgegend

Eingetr. Genossensch. mit beschr. Haftpflicht.

Verkaufsstellen-Bezirksversammlungen

finden an nachstehenden Tagen statt:
Verkaufsstellenbezirk Brandis
Sonntag, den 13. Dezember, abends 8 Uhr
im Parkschlösschen, Brandis.

Verkaufsstellenbezirk Beucha
Sonntag, den 14. Dezember, nachm. 2 Uhr
in der Guten Quelle, Beucha.

Verkaufsstellenbezirk Borsdorf
Mittwoch, den 17. Dezember, abends 8 Uhr
im Feldschlösschen, Borsdorf.

Verkaufsstellenbezirk Naunhof
Mittwoch, den 10. Dezember, abends 8 Uhr
im Bürgergarten, Naunhof.

Tagesordnung in allen Versammlungen:
1. Jahresbericht.
2. Neuwahl und Nachwahl zum Mitgliedereauschuß.

Wir erfordern unsere werthen Mitglieder und Frauen, in diesen Versammlungen recht zahlreich zu erscheinen.
Die Auszahlung der Rückvergütung in den Verkaufsstellenbezirken Brandis, Borsdorf und Naunhof findet am 15., 16. und 17. Dezember in den Verkaufsstellen, im Verkaufsstellenbezirk Beucha am Sonntag, dem 14. Dezember, nachmittags 2 Uhr, in der Guten Quelle statt.

Der Vorstand.

Achtung! Internationaler Bund Achtung!

d. Kriegsbeschädigten u. Hinterbliebenen Kriegsopfer von Möckern, Wahren u. Umg.

Die am Donnerstag, dem 4. Dezember 1919, angelegte
öffentliche Versammlung

findet nunmehr
Donnerstag, den 11. Dezember, abends 7 Uhr,
im Wirtenschlösschen, Wahren, Königsstraße, statt.

Tagesordnung: **Können wir politisch neutral sein?**
Referent: Genosse D a i s e l e. — Freie Aussprache.
Die Ortsgruppenleitung.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands

Zahlstelle Markranstädt u. Umg.

Freitag, den 12. Dezember, abends 8 Uhr,
in der Parkschenke, Markranstädt

Mitglieder-Versammlung

Tagesordnung:
1. Erhöhung der Lokalbeiträge. 2. Gewerkschaftliches.
Eintritt nur gegen Vorzeigen des Mitgliedsbuches.
Die Ortsverwaltung.

Darlehen

gegen Bürgschaft und ratenweise Rückzahlung
an hiesige
Handel- und Gewerbetreibende
gewährt zu billigem Zinsfuss
Leipziger Bankverein
eingetragene Genossenschaft mit beschr. Haftpflicht
Burgstrasse 26.



THEATER

Morgen letzter Tag
Victoria Windmühlenstraße 31
Fernruf Nr. 18195/96

Der gewaltige Monumentalfilm
Singende Millionäre
Soziales Drama in 5 Akten.

Hauptrollen:
Ludwig Hartau, Toni Tegelaff.
Auenauvorstellung.

Univerjum Rosplatz 6 (Café Bauer)
Fernruf Nr. 18195/96

Die Vermummten
oder Der Klub der schwarzen Mäste.
Drama in 5 Akten

voller Sensation und Spannung.
Lustspiel **In flagranti** Lustspiel
sowie der übrige Spielplan.
Jugendvorstellung.

Colosseum Rosplatz 12-18
Fernruf 18195/96

Ellen Richter
im Drama, 4 Akte

Aus tiefster Not
Diese spannende Handlung verführt uns in das
Leben und Treiben der Hilflosen.

Unsere Schwiegerochter
Lustspiel in 4 Akten
sowie der übrige Spielplan.
Jugendvorstellung.

Die Bücherstube Otto Müller

(UNS-Genossenschaft)
Wintergartenstrasse 16
Eingang Schützenstrasse

empfehlen ihr gut gewähltes Sortiment gelegentlich der
Geschenk-Einkäufe.

Photographische Kunstanstalt

Georg Brokesch, Inh.: Paul Voigt
Telephon 6391 Leipzig Zeitzer Strasse 2, I.
Kulanteste und reellste Bedienung

Aufnahmen zu jeder Tageszeit bei elektrischem Licht
Wochentags 1/2 9-6 Uhr, Sonntags 10-6 Uhr.
Vergrößerungen nach jedem Bilde
Weihnachtsaufträge werden noch erledigt.
Berufen Sie sich bitte auf diese Annonce

Englische Zigaretten

Marken: **Goldflake, Capstan Navy-Cut**, echt im
Stanol, 10er Packung, Mk. 295.— per 1000 Stk.
Ernst Grammann, Leipzig-Stötteritz
Wasserturmstrasse 3.
Grosshandlung in Tabakfabrikaten.

Lya Mara

Die weibliche Bestie

Ab Donnerstag: Kammer-Lichtspiele

Sozialistische
Theaterstücke
Humoristische Vorträge
Lieder — Gesamtspiele
Politische Couplets
— Auswahl zu Diensten. —

Tombolen
in jeder Preislage sowie alle
Artikel
zu Christbescherungen
Girlanden
Tanz-Kontrollen
Vereinsabzeichen

empfehlen.
Lintzmeyer-Jahn
Leipzig, Eisenstr. 30
Telephon 19245
Kataloge zu Diensten.

Die grosse Model
Kreuzfische, rund und
gerade Formen, von 250 Mk.
an, Alaskafische von
150 Mk. an, Reparaturen
und Umarbeitung nach
neuest. Modell, prompt u. billig.
Danziger & Taub
Kürschner
Blücherstrasse 47, II.
Eingang Berliner Strasse.

Die grosse Model
Kreuzfische, rund und
gerade Formen, von 250 Mk.
an, Alaskafische von
150 Mk. an, Reparaturen
und Umarbeitung nach
neuest. Modell, prompt u. billig.
Danziger & Taub
Kürschner
Blücherstrasse 47, II.
Eingang Berliner Strasse.

**Ofenfertiges
Brennholz**
in Buche u. Kiefer liefert in
grösseren u. kleineren Mengen
die Holzhandlung Carl Oelsner,
L. Kleinisch, Klingenstr. 28.

UNIVERSUM

Rosplatz 6 (Café Bauer). Fernruf 18195/96.

Ab Freitag, den 12. Dezember:

Die Herrin der Welt

Großer Fortsetzungsfilm in 8 Teilen,
der in sämtlichen Weltteilen spielt.

Hauptrolle:

Mia May.

I. Teil.
Die
Freundin des gelben Mannes.

Die Fachpresse schreibt zur Uraufführung in Berlin:

Selten noch ist eine Filmpremiere mit solcher Spannung erwartet worden. Ein deutscher Monumentalfilm, — der erste, der diesen oft mißbrauchten Titel wirklich verdient — der uns durch die Welt der Gegenwart und Sage führen soll. Man hörte von China, von Negern und Skizzen, von Riesensäugetieren und wilden Kriegen, von der arbeitsvollen Stadt Ophir, deren gewaltiger Untergang zu sehen sein wird, usw. Neugierig verfolgte man die Berichte von Augenzeugen, die immer Neues, immer Interessanteres zu melden wußten, und mit Ungeduld wartete man auf den Tag, da all dies den Weg zur breiten Öffentlichkeit antreten sollte. Nun ist es geschehen. Der erste Teil des Riesenerkes, nach einem Roman von Karl F a b o r, ist vorübergeholt, die andern werden in wöchentlichen Abständen einander folgen.

Das Theater machte am diesem Abend den Eindruck einer Sensationspremiere. Smocking und Abendtoilette beherrschten das faszinierende, gesellschaftliche Bild. Hinter der Brüstung des blumenüberfüllten Balkons saß Mia May, der gelbste Vater des Wunderwerkes, mit seinem Stabe, Mia May, Michael B o h n e n und Henry S z e, die Hauptdarsteller. Schwestern in ihrer phantastisch bunten Nationaltracht ließen behend umher, machten lebendwürdig die Honneurs und boten illustrierte Programme. Eine Atmosphäre feierlicher Erwartung lag über dem ganzen Saal. Langsam wurde es dunkel, mit einer leisen traurigen, ergötlichen Musik legte das Orchester ein und das Spiel begann.

Der erste Eindruck, gleich ist hinreißend. China, überzeugend echt, unerhört lebendig. — Wunders mit ihren eigenartigen, ausserordentlichen Szenen hinführen vorbei. Das Bild wechselt. Von einer Höhe aus gesehen liegt Stanton leibhaftig vor uns. Dann das malerisch an das Wasser geklebte Haus „Zur dreifachen Glückseligkeit“. Boote kommen und gehen. Säulenbilder und Strahlenkronen erscheinen. Das Volk drängt und schiebt sich durch die engen Gassen. Man sitzt mit offener Munde da und schaut, staunt über diese Schönheit der Szenerie, in den kleinsten Details wie in der ungreifbaren und doch deutlich fühlbaren Stimmungsinhalt.

Noch andere Bilder gibt es außer den schon erwähnten, die dem Zuschauer wohl unvergänglich bleiben werden: der gigantische Tempel mit der Miesentreppe, der Hof des Vetterkönigs, die steinerne Lorbrücke, der Nichtplatz — um nur einige zu nennen.

Drei Personen treten darstellerisch in diesem ersten Teil hervor. Zuerst Mia May. Sie ist von beglückender persönlicher Lebenswürdigkeit, schauspielerisch einfach und darum unmittelbar wirkend. Ihr Schicksal geht uns nah, weil es in ihrer Darstellung ein echtes Menschendrama ist. Ursprüngliche Natürlichkeit ist überhaupt das bedeutendste Merkmal und der überragende Vorzug dieses Films. Henry S z e ein Meisterbeispiel dafür. Gerade weil alles Schauspielerei ihm fernliegt, weil er sich gibt, wie er ist, fühlen wir, was er ausdrücken hat. Noch nie ist es so überzeugend klar geworden wie hier, daß Filmdarstellung äußerste Beschränkung heißt. Jedes kleinste Quäntel wird störend. Für Michael B o h n e n gilt das gleiche wie für seine Mitspieler. Seine Kräftigkeit ist ungekünstelt, naive Selbstverständlichkeit. Und auch die Darsteller der übrigen Rollen und die komparative (durchweg Angehörige der gelben Rasse), die Mia mit wunderbarer Ueberlegenheit lenkt, werden durch dieses elementare Grundprinzip zu unbefruchtetem Erfolg geführt.

Die grosse Model
Kreuzfische, rund und
gerade Formen, von 250 Mk.
an, Alaskafische von
150 Mk. an, Reparaturen
und Umarbeitung nach
neuest. Modell, prompt u. billig.
Danziger & Taub
Kürschner
Blücherstrasse 47, II.
Eingang Berliner Strasse.

**Ofenfertiges
Brennholz**
in Buche u. Kiefer liefert in
grösseren u. kleineren Mengen
die Holzhandlung Carl Oelsner,
L. Kleinisch, Klingenstr. 28.

**Achtung! U. Bekannten sow
Vereinen, welche We hachts-
bescher. für Kinder veranstalten,
empfehle ich mein reichhaltiges
Weihnachts-Spielwaren-Mel-
musterlager zu poth. Preisen.
Albin Johns, Kriegsbeschädigter
VolkmarSDorf, Bernstr. 28, II.***

Kälteschutz
50 Prozent
Heizungersparnis
Wachstuche
Pappentubentapete
Stirnemann & Krausche
Grimmaischer Steinweg.*

In Runkelrüben
frisch eingetroffen, gesunde
Ware, Futtermehl, Brenn-
kessel-Meile, Brenn-Messel-
Häfel, Kräuter-Mark für
Kleintiere

**Einkaufsgenossenschaft
der U.-Z.-V.**
Gutebergstrasse 6. *

**Münberger Seiden,
Kern- und Toilettenseifen**
eingetroffen. Laufend billige
Bezugsquelle für Händler,
Kantinen u. Fabriken. **Sier,**
Selterh. Grassdorfer Str. 36.

**Auch größere Posten
Kriegsanleihen**
bis zum Nennwerte
alle sonst. Wertpapiere
bis 20% über Tageskurs
werden noch angekauft.
Auskunft kostenlos

Anfragen unter F. K. 800 an
Invalidenamt, Leipzig, erb.

Hochzeits-Zeitungen
Festleder- und
Autographien
druckt schnell, sauber und
billig

Kurt Blau
Eisenbahnstraße 51.

Kurt Blau
Eisenbahnstraße 51.

**Trauringe massiv
Gold.**
Gustav Kaniss
Taucher Strasse 6.

Gewindeschneiden
Ein prakt. Hilfsbuch f. Dreher
mit vollständ. Tabellen
für alle vorkommenden Dreh-
bänke und Gewinde.

Britte, verboss. Auflage
von Müller und Freund
Preis Mk. 3.90.

Jeder Dreher müsst in Be-
sitz eines solch. Buches sein.

Leipzig. Buchdruckerei A. G.
Abteilung Buchhandlung
Leipzig, Tanchauer Str. 10, 21
Postcheckkonto Nr. 63477.

Die Anträge und Filialen
der Volkszeitung nehmen
Bestellungen entgegen.

Kleine Inserate
Wenn auf Postanweisungen
geschrieben werden.
Das Porto beträgt für Post-
anweisungen bis 5 Mark
20 Pfg.

Kleine Inserate
Wenn auf Postanweisungen
geschrieben werden.
Das Porto beträgt für Post-
anweisungen bis 5 Mark
20 Pfg.

Kleine Inserate
Wenn auf Postanweisungen
geschrieben werden.
Das Porto beträgt für Post-
anweisungen bis 5 Mark
20 Pfg.

Kleine Inserate
Wenn auf Postanweisungen
geschrieben werden.
Das Porto beträgt für Post-
anweisungen bis 5 Mark
20 Pfg.

Neues Theater.

Augustplatz. (Bernstr. 1416.)
Mittwoch, den 10. Dezember 1919
Der Wäpplig.
Eine Liebeskomödie in 4 Akten von Gerhart Hauptmann.

Altes Theater.

Richard-Wagner-Platz. (Bernstr. 1416.)
Mittwoch, den 10. Dezember 1919
2 Uhr: Bei einmütigen Preisen:
Dornröschen.

Battenberg Theater
Heute abend 7 Uhr
Das Verbrechen „Liebe“
Tendenz-Sitten-Drama in 3 Aufzügen von Thilo Schmidt.

Varieté Battenberg
Täglich abends 7 Uhr
Franz Tielscher
mit seinen glänzenden Vorträgen

Krystall-Palast Theater
Täglich abends 7 Uhr:
Gastspiel
„Erna Offeney“

Drei Linden
Täglich abends 7 Uhr
Petroff
Eine Fahrt auf Leben und Tod.

GOLDNER ADLER-LINDENAU
FRANZ SPERLING - ANGERSTRASSE 49
Heute von 6 Uhr an
Mittwochsball

Presse-Vorführung
„Sselam aleikum!“
im Königspavillon :: Promenadenstrasse Nr. 8
am 15. Dezember 1919, vormittags 10 1/2 Uhr.

Volkshaus
Morgen Donnerstag
abends von 6 Uhr an:
Grosses Volks-Ball-Fest

Sanssouci
Morgen 6 Uhr
der beliebte Donnerstags-Ball

FELSENKELLER.
Morgen Donnerstag, abends 6 Uhr: Die weltbekannte Veranstaltung
der illustrierten Ballschau

Lichtspiele
Alberf - Halle
Die Lichtspiele Alberf Halle (Krystall-Palast)
werden heute Mittwoch wieder mit einem
Sensations-Detektiv-Programm eröffnet, und zwar

Schloß Lindenfels
Großes Preisfesten
Rest. Anger-Schlösschen, L. Anger
Zwölfaundorfer Strasse 10.

Centraltheater
Gesellschafts-Abend
Täglich abends 7 Uhr:
Die berühmten
Seidel-Sänger

Neues Operellen-Theater.
Mittwoch, den 10. Dezember 1919
Die Fackelträger.
Operette in 3 Akten von Dr. H. W. Müller und Rudolf Desreigner.

Leipziger Schauspielhaus.
Mittwoch, den 10. Dezember 1919
2 1/2 Uhr: Schneewittchen und die sieben Zwerge.

Theater in der Eiserstraße
Mittwoch, den 10. Dezember
3 1/2 Uhr
Kleiner Preis 8.-, 2.-, 1.- Mt.
Rothköpchen und der Wolf.

Marionetten-Theater
Täglich 3 u. 6 Uhr Vorstellung für Erwachsene u. Kinder.

Prof. Kollmanns Unternehmen f. volkst. Unt. erhaltung
Heute Mittwoch, abends 7 Uhr: Gr. Abendvorstellung.
Fassula-Zauberer in höchster Vollendung.

Gustav Herrmann
Groschen von Awertschanko, Herrmann, Klambund, Krels,
Meyrink, Morgenstern, Panizza, Schmitz.

Gasthof Stünz
Sonntag, den 13. Dezemb., abends 7 1/2 Uhr
Grosser Projektions-Vortrag

Futterkraut
in Lindenau, Lützner Strasse, am Kanal.
Leipziger Westendbaugesellschaft